

ZUM MITNEHMEN!

KOSTENLOS & KEINESFALLS UMSONST

RandNotizen

Stadtteilzeitung aus dem Norden Neuköllns

Zwölfte Ausgabe | 04/2015

Vorwort

Im März 2010 erschien diese Zeitung zum ersten Mal als Stadtteilzeitung für den Schillerkiez. Sie entstand im Zuge unabhängiger Stadtteilversammlungen, die als Protest gegen Prozesse der Aufwertung und Verdrängung im Kiez organisiert wurden. Mittlerweile wurde in 12 Ausgaben und einer Extra-Ausgabe „5 Jahre Kampf ums Tempelhofer Feld“ versucht, Themen wie gesellschaftliche Ausgrenzung, Verdrängung und die unsoziale Stadtpolitik aus emanzipatorischer Perspektive zu kritisieren. haben wir es geschafft fünf Jahre durchzuhalten. Wie es weiter geht ist offen.

Nach wie vor gilt der erste Satz des Vorworts der ersten Ausgabe: „Wir leben in kriegerischen Zeiten. Der „soziale Frieden“ wird zunehmend mit wachsender Repression und Kontrolle aufrechterhalten“. Wir berichten über Entwicklungen und Proteste und wollen dazu ermuntern, sich nicht alles gefallen zu lassen.

Der erste Artikel „Fünf Jahre Randnotizen“ versucht einen Rückblick über die vergangenen Jahre zu geben.

Eure RandNotizen

Erreichen könnt ihr uns unter nk44.blogspot.de oder smashtaskforce@freenet.de

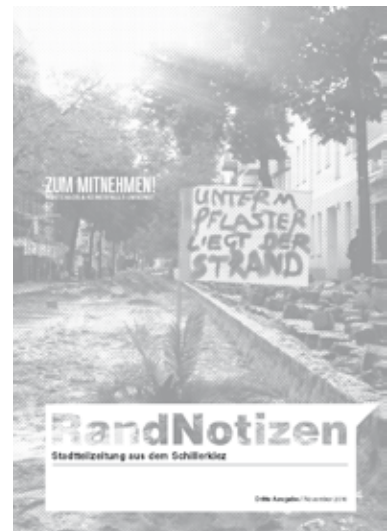
*V.i.S.d.P. Frida Kahlo, Weisestr. 47
12049 Berlin*

Inhalt

Nicht gefördert durch:



- 03 :: Fünf Jahre Randnotizen**
Versuch eines Rückblicks
- 07 :: Chronik von Widerstand und Verdrängung in Nord-Neukölln**
- 11 :: Der Schillerkiez erwacht aus dem Dornröschenschlaf ...**
Ein Spaziergang zur Aufwertung im Schillerkiez
- 15 :: Wem gehört Rixdorf?**
Baugruppen und Aktion!-Karl-Marx-Straße
- 18 :: Freies Neukölln am Ende**
Interview mit den Macher_innen der ersten Szene-Kneipe im Reuterkiez
- 23 :: Hausgemeinschaft im Mietenkampf**
Friedelstraße 54
- 25 :: Zwangsräumung von Allmende**
Pressemitteilung von Allmende e.V. zur illegalen Zwangsräumung aus ihren Vereinsräumen
- 27 :: Die Angst bleibt**
Dritter Jahrestag des Mordes an Burak
Findet den Mörder!
- 28 :: Ein Bürgermeister weniger**
Ein gewisser Heinz Buschkowsky ist endlich abgetreten
- 29 :: Olympia - Eine Abfuhr für den Senat**
Die kurze Zeit der Berliner Olympia-Bewerbung
- 31 :: Die Armut verfolgt Berliner bis ins Grab**
Die Beerdigungsindustrie
- 33 :: Mehr Geld ausgeben fürs Schwimmen**
Die Erhöhung der Eintrittspreise bei den Berliner Bäderbetrieben
- 35 :: „Die haben nur noch ein Bett im Krankenhaus“**
Interview mit einer Psychiatrieerfahrenen
- 37 :: Reclaim your Brain!**
Zwei Buchbesprechungen zu „Reclaim the City“ und „Reclaim Berlin“
- 39 :: Termine & Links**



Fünf Jahre Randnotizen

Versuch eines Rückblicks ...

Vor fünf Jahren erschien die erste Ausgabe der Randnotizen. Seitdem ist viel geschehen, über vieles haben wir berichtet, manches fand nicht seinen Platz. Eine Zeitung zu erstellen bedeutet viel Arbeit und Geduld. Dazu haben wir wenig Ressourcen und erst recht keine professionellen Redakteur*innen. Ein häufigeres Erscheinen bleibt trotzdem unser Ziel, genauso wie der Aufruf, die Randnotizen zu unterstützen, sei es durch eigene Artikel, Übersetzungen oder Anregungen. Fünf Jahre Randnotizen bedeuten auch fünf Jahre Entwicklungen in Kiez, Bezirk und Stadt. Wir wollen einige der Entwicklungen dieser Zeit in Erinnerung rufen.

Kein Ende der Verdrängung in Sicht

Nach fünf Jahren lässt sich sagen, dass die Dynamik von Verdrängung und steigenden Mieten nach wie vor fast ungebremsbar ihren Lauf nimmt. Und Verdrängung hat viele Gesichter, wie ein aktueller Dokumentarfilm zum Thema zeigt. Doch die Menschen sind einfallsreich und entwickeln einen alltäglich Widerstand im Umgang mit der Verdrängung. Die Communities der Arbeitsmigration können sich dadurch noch in ihren Innenstadtbezirken behaupten. Das Wohnen ist jedoch mit immer weiteren Einbußen verbunden. Menschen mit geringen Einkommen haben durchschnittlich 30% weniger Wohnfläche zur Verfügung als Menschen mit durchschnittlichem Einkommen und der mittlerweile stadtweit angespannte Wohnungsmarkt bietet kaum noch Ausweichmöglichkeiten, eine Wohnung mit niedrigem Einkommen zu finden.

Neu nach Neukölln kamen die jungen Kreativen. Aber aus Ländern wie Spanien, Italien oder Griechenland zog es auch eine neue Welle Arbeitsmigrant*innen in den Bezirk. So entsteht in vielen Ecken vielleicht der subjektive Eindruck von Verlust, dass Alte und Bewährte verschwindet. Daran sind aber nicht die Zuzügler*innen schuld, sondern Stadtpolitik und Wohnungsmarkt. Inzwischen sind für sie die Wohnungen in vielen Fällen zu teuer.

Sozialeinrichtungen oder Jugendläden wurden geschlossen, die dazugehörigen Mittel wurden von Senat, Bezirk und Jobcenter umgeschichtet, in die Sanierung der Karl-Marxstraße z. B. Doch auch das ging nicht immer still vonstatten. So mobilisierten Jugendliche öffentlichen Protest gegen die Schließung der Jugendeinrichtungen in Neukölln.

Heute bedarf es keiner repressiven Einrichtungen wie der Task Force Okerstraße mehr. Im Jahr 2008 hetzten der rassistische Hardliner Buschkowsky, Jugendrichterin

Heisig („Richterin gnadenlos“) und die damalige Chefin des Quartiersmanagements (QM) Schillerkiez Frau Schmiedeknecht offen gegen Roma, die laut Task Force in „Problemhäusern“ wohnten. Auch gegen die „Trinkergruppen“ auf der Schillerpromenade wurde zu Felde gezogen. Die Roma wurden aus der Okerstraße verdrängt, in die Hartzestraße. Die Trinker*innen behaupteten trotz abmontierter Tische ihre Plätze. Unterstützung bekommen sie jetzt von den Scharen an Biertrinkenden auf dem Weg zum Tempelhofer Feld. Hier hält sich der Aufschrei des QM dann doch in Grenzen. Nicht nur die Spätis sollen verdienen, sondern auch die vielen neuen Kaffees sollen sich füllen, und so für das neue Wohlfühl im Schillerkiez sorgen.

Viele dieser Entwicklungen verlaufend schleichend. Immer sichtbarer wird aber, dass an vielen Orten bestimmte Milieus und ihre Strukturen verschwunden sind. Der Markt und das Geld regeln die Veränderungen des Kiezes. Aber auch die neuen Ateliers, Bars und Eisläden merken, dass das Bestehen am Markt ein hartes Brot ist, genauso wie die Entlohnung und Arbeitsbedingungen der hippen Selbstständigkeit. Nicht zu vergessen die ebenfalls explodierenden Gewerbemieten. Aber es gibt auch Investitionsmodelle wie die Bürgerdynastie Schillerburger, über die wir mehrfach berichteten. Trotz des nach außen gepflegten Images des unschuldigen kleinen Ladens konnte das im Hintergrund stehende Kapital aufgedeckt werden. Heute expandiert die Schillerkette in die ganze Stadt hinaus.

Stark verändert hat sich auch die Eigentumsstruktur der Häuser. Die Zahl der Einzelbesitzer*innen sinkt stetig zugunsten der finanzkräftigen Immobilienunternehmen, deren Programm alleine die Rendite ist. Hervorzuheben ist auch die Geschwindigkeit, mit der sich die Zusammensetzung der Bewohner*innen verändert hat, die in den Schillerkiez gezogen sind. Waren es vor fünf Jahren noch die Künstler*innen, sind viele von ihnen nicht mehr im Kiez anzutreffen. Für viele von ihnen ist es heute schon wieder zu teuer. Breit machen sich dagegen Mietwohnungen für 10€/qm oder umgewandelte Eigentumswohnungen und die dazugehörigen Immobilienfirmen und Entmietungsagenturen. Auch der hochpreisige Neubau ist auf dem Gelände der ehemaligen Kindlbrauerei angekommen. Dagegen wird etwa seitens des QMs hartnäckig behauptet, so etwas wie Gentrifizierung fände nicht statt in Nord-Neukölln. Eine kürzliche erschienene Studie begräbt diesen Mythos nun endgültig. Im Postleitzahlbereich 12049 sind die Mieten seit 2009 um 89% gestiegen auf nun 10 Euro kalt pro Quadratmeter. Verdrängung findet also nicht statt?

Wo bleiben die bezahlbaren Wohnungen?

An den steigenden Mieten wird sich in absehbarer Zeit nichts ändern. Schuld ist daran trotz aller Beteuerungen der fehlende Wohnungsneubau. Selbst wenn es zu den vom Senat versprochenen 7000 neue Wohnungen kommt, wäre das nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Zum einen ist Berlin die Singlehauptstadt – die Hälfte aller Mietwohnungen sind Einpersonenhaushalte. Zum anderen ist die Stadt in den letzten Jahren um 40.000 Einwohner*innen gewachsen – und der Zuzug hält an. Rein rechnerisch bedarf es dafür 20.000 neue Wohnungen. Zwar hat sich es bis in die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung herumgesprochen, dass es ein Problem mit den steigenden Mieten und der damit verbundenen Verdrängung gibt, bislang wird jedoch mit Symbolpolitik reagiert. So wird eine Zweckentfremdungsverordnung für Berlin beschlossen, nur ist der Bezirk Neukölln bis heute nicht in der Lage sie praktisch anzuwenden. Der mehrfach skandalisierte Leerstand in der Weisestraße 47 wird vom Bezirk ignoriert, nach einer Besetzung und der polizeilichen Räumung wurde das Treppenhaus zu gemauert. Die Wohnungen stehen bis heute leer.

Die Erweiterung des Kündigungsschutzes bei Umwandlung gilt nur für Altmietler*innen, wie sich in einem Haus in der Allerstraße gezeigt hat. Auch von der breit angekündigten Mietpreisbremse sollte man sich nicht zu viel versprechen. Der Gesetzentwurf enthält so viele Ausnahmen, dass in Berlin 800.000 Wohnungen nicht darunter fallen. Mit dem alle zwei Jahre neu vorgestellten Mietspiegel (auch Mieterhöhungsspiegel genannt) bleibt der gesetzliche Rahmen weiter unangetastet. Auch für die Wohnungen, die vorher mehr als 10% über dem Mietspiegel liegen, darf weiter die teure Miete kassiert werden. Eine üble Rolle spielen auch die städtischen Wohnungsunternehmen. Zwar hat der Senat mit ihnen im letzten Jahr ein Mietenbündnis geschlossen, um Mieterhöhungen zu begrenzen, etwa auf 30% des Einkommens in bestehenden Mietverhältnissen im sozial geförderten Wohnungsbau. Dumm dabei ist nur, dass die steigenden Nebenkosten nicht berücksichtigt werden, wodurch die Wohnungsbaugesellschaften die Begrenzung umgehen können.

Toll klingt zunächst, dass der Wohnungsbestand der Städtischen bis 2016 durch Neubau und Zukauf um mehr als 25.000 Wohnungen erhöht werden soll. Allerdings sind dabei auch die Townhouses der DEGEWO oder zugekauften Wohnungen ein berechnet, die zu marktüblichen Preisen angeboten werden. Marktüblich heißt in Berlin

heutzutage teuer. Und auch der Rest geht nicht unter 6,50 Euro kalt über den Ladentisch, was bereits jetzt über dem liegt, was viele Haushalte in der Stadt bezahlen können oder vom Jobcenter genehmigt bekommen.

Die im Mietenbündnis angepriesene soziale Verantwortung der städtischen Wohnungsbaugesellschaften wird nicht zuletzt von 4600 Zwangsräumungen in den letzten fünf Jahren konterkariert. Eine kürzliche erschienene Studie ermittelt die höchste Zwangsräumungsquote bei den Städtischen, jede fünfte Zwangsräumung in Berlin findet dort statt. Immerhin formierte sich unter dem Motto „Zwangsräumung Verhindern!“ ein Bündnis gegen diese Form der Verdrängung. Erfolgreich konnte bei der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Stadt und Land eine Räumung verhindert werden. Zusammen mit Nachbar*innen, der Stadtteilgruppe 44 rund um die Hermannstraße und viel Zuspruch von Mieter*innen aus der Rollbergsiedlung erkämpften Zeinab und ihrer Tochter den Verbleib im Kiez.

Jobcenter und Wohnungslosigkeit kein Problem?

In vielen Fällen ist das Jobcenter die Ursache von Zwangsräumungen. Da wird die Miete nicht rechtzeitig oder in voller Höhe bezahlt, und alsbald flattert die Kündigung ins Haus, der dann vor Gericht Recht gegeben wird. Das Jobcenter Neukölln bewilligt außerdem nur 17 % aller Anträge auf Übernahme der Mietschulden. Besonders absurd wird es, wenn beispielsweise eine Familie aus diesen Gründen zwangsgeräumt wird. Hier ist die Stadt verpflichtet eine Notunterkunft zu stellen. Da jedoch die Wohnheime hoffnungslos überfüllt und zudem für Kinder völlig ungeeignet sind, greift der Bezirk auf eine Unterbringung im Hostel zurück, die schon mal 25 Euro pro Tag und Person kostet. Um es nochmal auf den Punkt zu bringen: Es passiert also, dass das Jobcenter Mietschulden einer Familie von z.B. 800 Euro nicht übernimmt, was zum Wohnungsverlust führt, worauf der Bezirk dann für die Unterbringung 3000 Euro bezahlt. Das Ergebnis von Zwangsräumungen ist oft die Obdachlosigkeit. Über das Leben ohne eigene Wohnung haben wir in den Randnotizen mehrfach berichtet. Wie viele Obdachlose es im Bezirk und in der Stadt gibt, weiß niemand. Der Senat sieht seit langem keine Notwendigkeit eine Statistik über Wohnungs- und Obdachlosigkeit einzuführen.

Der Weg aus der Obdachlosigkeit wird immer schwerer. Auch auf Wohnungen im geschützten Marktsegment warten die Menschen mittlerweile zwei bis drei Jahre.

Dieses Segment soll denen zugutekommen, die Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt haben. Aber selbst die städtischen Wohnungsbaugesellschaften erfüllen ihre Kontingente nicht. So fordert der AK Wohnungsnot schon lange eine Aufstockung in diesem Bereich. Passieren tut natürlich nichts.

Eine völlig fehlgeschlagene Wohnungspolitik, das repräsentative Jobcenter, die Geschäftspolitik der städtischen Wohnungsbaugesellschaften – staatlich verantwortet wird also weiterhin Wohnungslosigkeit produziert. Profitieren tun hier allein Wohnheimbesitzer und soziale Träger, die für die Verwaltung und Betreuung der Misere Mietern und Provisionen kassieren.

Weg mit dem Zwangssystem

Das Jobcenter ist weiterhin ein aktiver Akteur der Verdrängung in Neukölln. So werden in der Praxis immer noch die zu niedrigen Sätze der Kosten der Unterkunft angewendet, obwohl das Bundessozialgericht diese im letzten Jahr für unzulässig erklärt hatte. Das Jobcenter ist aber auch Akteur bei den neuen Strategien sozialer Kontrolle und Überwachung. So wurden viele Hartz-IV-Bezieher*innen als 1-Euro-Jobber gezwungen als sogenannte Kiezstreifen durch die Straßen zu laufen, um ein erhöhtes Sicherheitsgefühl zu simulieren und Sperrmüllhaufen zu melden. Auch das jährliche Aushängeschild „48 Stunden Neukölln“ bedient sich bei diesen Jobs. Zynisch könnte man feststellen, dass hier diejenigen für die Aufwertung der Kieze sorgen, die sich das Wohnen dort selbst nicht mehr lange leisten können. Solche Maßnahmen werden bestellt und bezahlt vom Quartiersmanagement. Dort dürfen im Quartiersrat frei nach dem Zauberwort der Bürgerbeteiligung Bewohner*innen über Kleinstprojekte beschließen. Die großen Leitlinien entscheiden aber dann doch wieder nur die politischen Verantwortlichen. Läuft es hier mal nicht so wie geplant, zeigt man sich in Bezirksamt und Senat schnell beleidigt, wie etwa beim Volksentscheid zum Tempelhofer Feld. Der mittlerweile in Ruhstand gegangene Dorfschulze Buschkowsky erklärte zum Abstimmungsergebnis: „Die menschliche Dummheit ist unendlich“. Hier offenbart sich das Demokratieverständnis solcher Leute in ganzer Pracht. Wie ernst es mit der Bürgerbeteiligung am Ende ist, musste auch die Vorbereitungsgruppe des beliebten unabhängigen Weisestraßenfests erfahren. Mit immer neuen behördlichen Auflagen und Gängelungen sollte das Fest wohl verhindert werden. Die Vorbereitungsgruppe ließ sich davon aber nicht beeindrucken und das Fest konnte stattfinden.

Nur nicht nachlassen

Spätestens seit September 2011 ist das Thema Armut, Verdrängung und steigende Mieten aus der Öffentlichkeit nicht mehr weg zu leugnen. Zwar hat sich der Wunsch nach einer neuen sozialen Bewegung seit dem nicht in vollem Umfang erfüllt. Es gibt aber eine Vielzahl unterschiedlicher Formen von Protest und Widerstand. Gerade in dieser Vielfalt liegt eine gewisse Stärke. Es ist ja auch nicht so, dass sich nichts erreichen lässt. So konnte das Mietenbündnis Neukölln die Beton-SPD rund um Baustadtrat Blessing vom Sinn einer Einführung von Milieuschutzgebieten überzeugen. Warum allerdings im Gebiet Schillerkiez der Warthekiez keinen Milieuschutz erhalten soll, bleibt ein Geheimnis. Ein anderes Beispiel des Zusammenspiels unterschiedlicher Aktionsformen ist der Widerstand gegen den Entmietungsspezialisten Ziegert. Kundgebungen empörter Mieter*innen, Unterstützung von Stadtteilgruppen, sowie nächtliche Aktionen gegen Neubauten von Ziegert haben beim Unternehmen wohl doch Eindruck hinterlassen. Zumindest hat Ziegert seinen Schwerpunkt von der Entmietung auf den Neubau von hochwertigen Miet- und Eigentumswohnungen verlegt.

Wichtig wird es auch in der Zukunft sein den politischen Druck hoch zu halten. Denn wie berichtet gibt es keinen Grund zur Entwarnung. Wenn es gelingt, die unterschiedlichen Formen und politischen Ansätze mit den alltäglichen Widerständen zu verbinden, steht einer breiten Mieter*innenbewegung nichts im Wege.

Die Vielzahl der Inhalte in den letzten fünf Jahren Randnotizen konnte hier nur angerissen werden. Dennoch bieten sie einen guten Überblick, womit sich diese Stadtteilzeitung beschäftigt und an wessen Seite sie steht – nämlich all derjenigen, die sich Verdrängung, Armut, Diskriminierung und Ausgrenzung entgegensetzen. Die Randnotizen werden auch weiterhin ein Sprachrohr für die sein, die sonst wenig oder gar kein Gehör finden. Wie zu Beginn angemerkt, freuen wir uns dafür über jede Unterstützung.

Eure Randnotizen

Chronik von Widerstand und Verdrängung in Nord-Neukölln

Fünf Jahre Randnotizen – fünf Jahre Chronik von Widerstand und Verdrängung. Ein Streifzug durch den Blog nk44 – Nachrichten aus Nord-Neukölln – ab Frühjahr 2010. Erwähnt werden müssen aber auch die Aktivitäten in den Jahren davor: Kampf ums Flugfeld mit Tempelhof für alle! und Squat Tempelhof; Auseinandersetzung mit der Task Force Okerstraße und dem Quartiersmanagement (QM) Schillerkiez; Erste Stadtteilversammlungen, unter anderem mit der Idee, eine Stadtteilzeitung zu gründen.

2010

März 2010: Die erste Ausgabe der Randnotizen erscheint.

März 2010: Nach wiederholten neonazistischen Angriffen auf linke Läden taucht in Schau-fenstern und an Balkonen ein fliegender Kaktus auf: Neu-kölln, kein Ort für Nazis!

April 2010: Erster Kiezspaziergang besucht mit 50 Menschen Orte von Verdrängung und Widerstand im Schillerkiez.

April 2010: Anwohner_innen-versammlung zu steigenden Mieten auch in Rixdorf.

April 2010: Das QM Schillerkiez und Task Force Okerstraße beklagen sich über angeblich 22 Angriffe auf ihre Büros, obwohl sie Neukölln doch „schöner machen“ wollen.

Mai 2010: Nach den vielfältigen Protesten sieht sich der Senat gezwungen, das Tempelhofer Feld zu öffnen – allerdings nur tagsüber und mit Zaun und Sicherheitsdienst.

Mai 2010: Neuköllner Baustadt-rat Blessing wünscht sich für das Tempelhofer Feld eine hochwertige Bebauung, die Wohlhabende anlocken soll – Immoscout hat Wohnung in der Weisestraße für 9 Euro kalt im Angebot.

Mai 2010: Stadtpaziergang des Seminars für angewandte Un-

sicherheit (SaU) auf der Suche nach Kameraüberwachung rund um die Hermannstraße. Man wird schnell und oft fündig.

Juli 2010: Zweite Ausgabe der Randnotizen.

August 2010: Nach vier Jahren findet wieder das unabhängige Weisestraßenfest statt. Motto: „Wir bleiben hier! Von Nachbarn für Nachbarn.“ Einige Wochen später blamiert sich das QM dagegen mit dem „1. Okerstraßenfest“. Es sollte das letzte bleiben.

Oktober 2010: Diesmal 80 Leute beim Kiezspaziergang im Schillerkiez. Unter anderem zur Lichtenrader Str. 32, die gerade von der Immofirma Tarsap entmietet wird.

Oktober 2010: Randnotizen Nummer Drei.

November 2010: Nächste Stadtteilversammlung im Schillerkiez.

2011

Januar 2011: Nord-Neukölln wird in der New York Times gehypt. Mietsteigerungen seit 2007 um bis zu 20%

Januar 2011: Nicht nur steigende Mieten sondern auch steigende Betriebskosten: Über 70 Anwohner*innen kommen zur Infoveranstaltung von Stadtteilini Schillerkiez und Berliner Mietergemeinschaft.

März 2011: Zum vierten Mal erscheinen die Randnotizen.

März 2011: In Kneipen und Bars taucht ein Plakat der Gruppe AntiGen auf: Mit „Dear Students, Artists und Travelers“ werden englischsprachige Neu-Neuköllner_innen über Verdrängung informiert.

März 2011: Stadtteilini Schillerkiez startet Filmreihe zu Verdrängung und Widerstand.

Juni 2011: Zur Veranstaltung zum Rassismus und Antiziganismus der Task Force Okerstraße kommen über 100 Menschen. Sie ist Teil der Reihe „Dein Block, Mein Kiez – gegen Ausgrenzung und soziale Kontrolle!“.

Juni 2011: Wieder über 50 Leute bei Kiezspaziergang im Schillerkiez, darunter viele neue Gesichter.

Juli 2011: Randnotizen mit der fünften Ausgabe.

August 2011: Im Rahmen des jährlichen Weisestraßenfests wird die Weisestraße 47 geöffnet um darauf hinzuweisen, dass das Haus immer noch leer steht.

August 2011: Die Buschkowsky-Jugend gründet sich, um dem großen Bezirkspatriarchen zu huldigen und Wahlkampf zu machen. Motto: Monokulti statt Multikulti. Entpuppt sich mit der Zeit als Wahlkampfsatire.

August 2011: Die Firma Tentstation, Betreiberin von innerstädtischen Zeltplätzen, will sich ab Mai 2012 in „Berlins aktuellem Trendbezirk“ niederlassen, und zwar zwischen südlichem Flugfeldeingang und Hermannstraße. Anwohner*innen und Hundefreund*innen treffen sich, es gibt Diskussionen bei einer Infoveranstaltung. Am Ende werden die Pläne fallen gelassen.

September 2011: Auch aus Neukölln ziehen Mieter*innen zur großen Mietendemonstration. Zusammen mit 6.000 anderen Menschen wird gegen Armut und Verdrängung auf die Straße gegangen.

September 2011: Eine gewisse Initiative „100% - Erhalt des Tempelhofer Flugfeldes“ lädt zur ersten Bürger*innenversammlung ein.

September 2011: Die Kiezinitiative DonauFulda gründet sich.

Oktober 2011: Das Stadtmagazin TIP hat im Schillerkiez eine ominöse „Kieztaliban“ aufgespürt, die angeblich einen Bürgerkrieg anzetteln will und ihr Hauptquartier im Stadteilladen Lunte hat. Nachdem Künstler*innen, Gewerbetreibende und Stadtteilgruppen zusammen klarstellen, dass das nicht mehr ist als bloße Sensationsmacherei, ist auch die Kieztaliban schnell wieder verschwunden.

November 2011: „Ich als Haus würde Ihnen Widerstand empfehlen.“ – Die Randnotizen Nummer 6 erscheinen.

November 2011: „Die verdammte Miete ist zu hoch!“ Die Stadtteilgruppe Schillerkiez und AntiGen Neukölln veröffentlichen die Ergebnisse einer selbstorganisierten Kiezumfrage. Nur ein Befund: Die Hälfte der Befragten hatte in den vorangegangenen zwei Jahren eine Mieterhöhung.

November 2011: Kein Aufwertungsgebiet? Die Firma Lucon Immobilien plant, in der Kienitzer Straße eine Eigentumswohnung für 398.000 Euro zu verkaufen. Das ist zweieinhalbmal soviel, wie der gängige Quadratmeterpreis im Gebiet.

November 2011: Mieterhöhung, Modernisierung, was tun? An der Hauswand Weisestraße Ecke Herfurthstraße werden in großen Buchstaben Tipps für Mieter*innen veröffentlicht: 1. Nichts unterschreiben. 2. Mit Nachbar*innen reden! 3. Mieterberatung aufsuchen! Das Wandplakat ist heute stadtbekannt.

Dezember 2011: Kein Aufwertungsgebiet? Mietwohnungen im Schillerkiez durchbrechen bei Immoscout reihenweise die 10-Euro-kalt-Schallmauer.

2012

Januar 2012: Kein Aufwertungsgebiet? Neukölln verzeichnet zwischen Januar und September 2011 nach Mitte den höchsten Bevölkerungszuwachs. Dazu starker Wegzug von Hartz-IV-Empfänger*innen.

Januar 2012: Widerstand kann auch praktisch Nutzen haben: Gemeinsame Infoveranstaltung von Stadtteilini Schillerkiez und Mietergemeinschaft zur Betriebsabkostenrechnung

Februar 2012: In der Lichtenrader Str. 39 wandelt die Spree Invest Eins GmbH & Co. KG Mietwohnungen in Eigentum um. Blöd nur, dass dort

noch Menschen leben. Also wird der Entmietungsspezialist ZIEGERT beauftragt, die Menschen zum „freiwilligen“ Auszug zu bewegen. Entlarvend: Mieter*innen mit nichtdeutschem Pass bekommen niedrigere Abfindungen angeboten als die mit deutschem Pass.

März 2012: Der neue Polizeidirektor des Abschnitts 55, Lars Neumann, sorgt sich vor aktiv werdenden Anwohner*innen, die er der linken Szene zuordnet.

März 2012: Aus Solidarität mit Roma und Sinti ziehen 500 gegen Rassismus und Antiziganismus durch Neukölln. Zuvor hatte die NPD mit Postkarten gehetzt.

April 2012: Das Stadtforschungsinstitut TOPOS will nur für den Reuterkiez einen Gentrifizierungsprozess herausgefunden haben. Im Rest Nord-Neuköllns habe sowas noch nicht begonnen. Aha.

April 2012: Im Neuköllner Süden wird Burak auf offener Straße erschossen, zwei Freunde lebensgefährlich verletzt. Danach gehen 2000 Menschen auf die Straße. Vieles ähnelt den Morden des NSU. Außerdem ist es genau 20 Jahre her, dass in Neukölln ein Nazikader bei einer Auseinandersetzung mit migrantischen Antifaschist*innen umkam. Vor dem Tod Buraks gab es Racheaufrufe in der Naziszene. Und die Polizei? Schweigt und hat drei Jahre nach dem Mord keine Untersuchungsergebnisse. Eine Initiative fordert bis heute Aufklärung.

April 2012: Die Weisestraße 47 wird nach Jahren des Leerstands besetzt um das Haus als Wohnraum zu nutzen. Die Polizei räumt ohne rechtliche Grundlage.

April 2012: Ein Kiezspaziergang lädt zur Spurensuche nach Spekulanten, Verdrängern und Miethaien im Schillerkiez.

Mai 2012: Mit einer Lärmdemo ziehen 700 Anwohner*innen

aufs Flugfeld um gegen die Bebauung zu protestieren. Zuvor waren in einer Flashmobaktion bereits die geplanten Bauflächen auf der Neuköllner Seite des Feldes mit Flatterband symbolisch abgesperrt worden.

Mai 2012: Eine von vielen Stadtteilversammlung im Schillerkiez

Juni 2012: Im Körnerkiez wird eine Veranstaltung zur Zukunft des Tempelhofer Feldes gekapert und erfolgreich zur Organisation gegen die Bebauung zweckentfremdet.

Juni 2012: Große Aufregung! Die neueröffnete Schillerbar wird mit Farbe eingedeckt. Die Betreiber*innen stellen sich in der Presse als arme Kleinstgewerbetreibende dar. Bald kommt aber heraus, dass hinter der Bar ein großer Geschäftsplan und viel Kapital steckt, und die zuvor in den Räumen befindliche Kiezbäckerei in gemeinsamer Absprache rausgedrängt wurde.

Juni 2012: Das Kiezforum Rixdorf zieht durch die Karl-Marx-Straße um über deren Komplettumbau zu informieren. Unter dem Titel „Aktion Karl-Marx-Straße“ soll die gesamte Straße in großem Stil aufgestylt werden. Wer hier nicht mitstylen darf: Mieter*innen mit geringen Einkommen und Gewerbetreibende mit nicht repräsentativen Läden, z.B. Ein-Euro-Shops.

Juli 2012: Die Internationale Gartenausstellung 2017 wird vom Flugfeld nach Marzahn verlegt. Die Ausstellung sollte Ausgangspunkt der künftigen Bebauung werden. Erster Punktsieg im Kampf ums Feld.

August 2012: Mehrere Hundert auf Kiezdemo

August 2012: Und wieder feiert der Kiez beim unabhängigen Weisestraßenfest

September 2012: Demo auf dem Feld. Motto: Hände weg vom Wiesenmeer!

September 2012: Ein Buch

erscheint, in dem es darum geht, wir ein Berliner Bezirksbürgermeister keine Schweinewurst findet. Der rechte Mob kauft und applaudiert.

Oktober 2012: In der Allerstraße 37 will die Firma Tarsap Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umwandeln. Auch hier wohnen natürlich noch Leute in den Wohnungen. Als Parolen gegen Verdrängung im Hausflur auftauchen, hängt Tarsap eine Videokamera auf um „Sachbeschädigungen“ zu verfolgen. Blöd nur, dass das Aufhängen einer Kamera nur bei Zustimmung aller Mieter*innen möglich ist. Trotzdem macht Tarsap mit der Entmietung des Hauses weiter. Zitat eines Mitarbeiters gegenüber potentiellen Käufer*innen: „Für die Mieter sieht es schlecht aus“.

November 2012: Das Büro des QM Schillerkiez wird über Nacht mit brauner Farbe eingedeckt.

November 2012: Firma Lotz Consulting treibt den Quadratmeterpreis nach oben. Jetzt über 11,50 Euro kalt für eine Wohnung in der Herfurthstraße.

Dezember 2012: Volksbegehren für den Erhalt des Tempelhofer Feldes startet.

Dezember 2012: Zwangsräumung in der Boddinstraße gegen Protest durchgesetzt.

2013

Januar 2013: Die achte Ausgabe der Randnotizen erscheint.

Februar 2013: Couching statt Coaching! Die Initiative Zusammen! gegen das Jobcenter Neukölln reagiert mit Couch und Kundgebung auf neue Aktivierungsstrategien.

März 2013: Besagter Bezirksbürgermeister („Buschkotzky“) will in den Neukölln-Arcaden aus seinem Buch vorlesen. Mindestens hundert Menschen sind dagegen, dem stadtbekannten Rassisten eine Bühne zu geben. Ergebnis: Die

Veranstaltung wird nach einer halben Stunde abgebrochen.

März 2013: Schlemmen nur für Reiche? Kiez-Dinner für alle im Stadteilladen Lunte.

April 2013: Zwangsräumung in der Reuterstraße wird durch spontan organisierten Protest von knapp 100 Leuten wenigstens um ein paar Stunden verzögert.

April 2013: Wohnungsbesichtigung bei Lotz Consulting blockiert. Wer 11 €/qm verlangt, darf sich auch nicht wundern.

April 2013: Stadt, Land, Schluss! Zwangsräumung bei Stadt und Land in der Hermannstraße nach mehreren Aktionen und angekündigter Massenblockade verhindert.

Mai 2013: Nächtliche Scherabenddemo in der Karl-Marx-Straße, Santander Bank, H&M und Rossmann danach ohne Schaufenster.

Juni 2013: Das große Wandplakat Herfurth- Ecke Weisestraße mit den drei goldenen Tipps für Mieter*innen ist nun schon zum dritten Mal wieder da.

Juni 2013: Kiezspaziergang: Unterwegs mit Schillerkiez Hypo Investment Tours zu den neuen Hotspots der Verdrängung

Juli 2013: Zum neunten Mal Randnotizen

August 2013: Ein anonymer Anbieter will fast 14 Euro kalt für eine Wohnung in der Allerstraße. Da hat er sich dann doch verschätzt. Verlangen kann man derzeit „nur“ 12, wie es z.B. auch die Immobilienverwaltung Alt & Kelber in der Okerstraße tut.

August 2013: Farbattacke auf das Büro des Aufwertungsprojekts „Aktion Karl-Marx-Straße“.

August 2013: Veranstaltung über das widerständige und antifaschistische Neukölln 1933-1945 in der Lunte.

August 2013: Der Bezirk Neukölln nickt den Bebauungsplan für die „Kindl-Residenzen“ an der Mainzer Straße ab. Statt günstigem Wohnraum wird es dort Eigentumswohnungen ab 2870 €/qm aufwärts geben. Der Vorschlag, ein Drittel Sozialwohnungen festzuschreiben, wird abgelehnt. Begründung: Unverhältnismäßiger Eingriff ins Eigentum. Wer vertritt da eigentlich welche Interessen?

September 2013: Die zweite Phase des Volksbegehrens zum Tempelhofer Feld beginnt mit einer Demo über das Feld.

September 2013: Das Neubauprojekt auf der Kindlbrauerei wird umbenannt von „Kindl-Residenzen“ in „12053 Aufblühendes Neukölln“. Der ursprüngliche Name passe nicht zur Stimmung im Gebiet, stellt die Lenkungsgruppe der Aktion Karl-Marx-Straße fest. Die Kindl-Residenzen, pardon, das aufblühende Neukölln sind Teil des Gesamtplans zur Aufwertung der Karl-Marx-Straße.

November 2013: Großplakat an der Weise- Ecke Herfurthstraße: „Bullen und Investoren aus der Stadt jagen!“ Dazu einige praktische Handlungsmöglichkeiten: Ziegert, Mähren-Gruppe, Tarsap, Akelius, Alt & Kelber.

November 2013: Kiezspaziergang rund um die Hermannstraße.

Dezember 2013: Mikrofonik kreuz und quer durch Neukölln um zu den Themen Verdrängung und Zwangsräumung zu informieren.

Dezember 2013: Firma Lotz Consulting probiert es jetzt doch mal mit 14 €/qm kalt für eine Wohnung in der Warthestraße.

Dezember 2013: Ein Häuserbalett des Neuköllner Mietenbündnis tanzt vor dem Rathaus und fordert bezahlbare Mieten im Bezirk.

Dezember 2013: Zum Jahresende nochmal Farbe fürs

Jobcenter und QM Schillerkiez.

2014

Januar 2014: Auch die Mähren-Gruppe lässt jetzt Mieter*innen in der Weisestraße (illegal) per Kamera überwachen. Zuvor hatten die wegen vermehrter Kündigungen im Haus aufbegehrt und zu einem Mieter*innentreffen geladen.

Januar 2014: Mit einem beeindruckenden Schlusspurt wird die erforderliche Zahl an Unterschriften gesammelt, um das Volksbegehren für den Erhalt des Tempelhofer Feldes zur Abstimmung zu bringen.

Februar 2014: Seit einem Jahr wird nun eine Protestpappel an der Neuköllnischen Allee besetzt um gegen den Ausbau der Autobahn A100 und den damit verbundenen Abriss von Häusern und das Fällen von Bäumen zu protestieren.

Februar 2014: Runde zehnte Ausgabe der Randnotizen

April 2014: Eine WG in der Kienitzer Straße wehrt sich öffentlich gegen ihre Vermieter, genauso eine Nachbarin in der gleichen Straße. Kundgebung und Solidarität im Gerichtssaal und davor.

April 2014: Zwangsräumung in der Wissmannstraße mit viel Polizei durchgesetzt, danach aber gute Demo durch Neukölln

April 2014: Auf dem Tempelhofer Feld an der Oderstraße wird der Container unbrauchbar gemacht, mit dem der Senat für eine Bebauung des Feldes werben will. Allerdings wurde dort auch mit falschen Behauptungen gearbeitet. So z.B. bei der Zahl der geplanten Wohnungen mit günstigen Mieten, die – wen wundert's – als viel zu hoch angegeben wurde.

Mai 2014: Extraausgabe der Randnotizen zum Volksentscheid Tempelhofer Feld.

Mai 2014: Das Tempelhofer Feld

wird nicht bebaut! So entscheiden die Abstimmungsberechtigten beim Volksentscheid. Am Abend spontane Feiardemo an der Oderstraße. Fünf Jahre Kampf ums Feld kommen so zu einem vorübergehenden Happy End. Auf Seiten des Senats wird rumgeheult, Buschkotzky hält sogar alle Bebauungsgegner für unendlich dumm. Laber Rhabarber.

Juni 2014: Mieter*innen der Okerstr. 8/9 und Weisestr. 35/36 organisieren sich jetzt auch mit eigenem Blog gegen ihre Verdrängung.

Juni 2014: Auch in Neukölln hängen Transparente aus den Fenstern, um sich mit den Geflüchteten zu solidarisieren. Die haben immer noch eine ehemalige Schule in der Ohlauer Straße in Kreuzberg besetzt, um für ihre Rechte zu kämpfen.

Juli 2014: Der Bezirk würde schon mal prüfen, ob der jahrelange Leerstand der Weisestraße nicht doch unter das neue Zweckentfremdungsverbot fällt. Allerdings habe man erstmal kein Personal, um das zu tun.

August 2014: Das unabhängige und selbstorganisierte Weisestraßenfest soll wieder stattfinden. Allerdings kommt das Ordnungsamt nach einiger Zeit auf den Trip, dem Fest so viele Steine wie möglich in den Weg zu legen. Ein Beispiel: Man solle doch bitte im Vorhinein eine Teilnehmer*innenliste aller Besucher*innen zusenden... Am Ende findet das Fest statt.

September 2014: Das Bündnis bezahlbare Mieten beginnt eine Unterschriftensammlung für die Einführung von Milieuschutzgebieten in Neukölln.

Oktober 2014: Etwa 100 Menschen auf Videokundgebung bei Berlin Aspire Real Estate an der Hermann- Ecke Biebricher Straße. Nachdem der Immoinvestor dort ein Mietshaus gekauft hatte, werden die dortigen Mieter*innen nun mit Mieterhöhungen und Einschüchterungen vertrie-

ben, damit das Haus dann in Eigentums- und Ferienwohnungen aufgeteilt werden kann.

Oktober 2014: Kiezspaziergang mit dem Kiezforum Rixdorf entlang von neuen Baustellen und verbleibenden Brachflächen.

Oktober 2014: Neuköllndemo mit Fronttransparent „Hohe Miete, Zwangsumzug - zu viel Ärger, zu wenig Wut!“ Die Stadtteilgruppe 44_rund um die Hermannstraße, Stadtteilsprechstunde Lunte und Bündnis Zwangsäumung Verhindern rufen auf, 500 kommen und machen Lärm.

Oktober 2014: Die 11. Ausgabe der Randnotizen erscheint.

Oktober 2014: Im Neuköllner Norden wird das erste Haus einer sogenannten Baugruppe fertiggestellt. Baugruppen behaupten von sich gerne, eine sozial verantwortliche Alternative auf dem Wohnungsmarkt zu sein. Nicht so im „Aufbauhaus“ in der Braunschweiger Straße. Dort sind teure Eigentumswohnungen hinter hohen Zäunen entstanden.

November 2014: Die Dokumentation „Verdrängung hat viele Gesichter“ wird auch im Stadteilladen Lunte gezeigt.

November 2014: Aktion auf dem Flohmarkt am Maybachufer: Mireille muss nach 34 Jahren von Neukölln nach Rudow ziehen, ihr Vermieter hat sie rausgeschmissen. Gegen Spende trennt sie sich von ihren Sachen. Dazu werden Flyer verteilt und kleine Infobeiträge durchs Megaphon gerufen. Das Hipsterpublikum zeigt sich interessiert bis gleichgültig, einigen ist selbst diese Aktion schon „zu aggressiv“. Die Luxusmodernisierung in Mireilles Haus beginnt übrigens kurz nach ihrem Auszug.

Dezember 2014: Stadtteilver-sammlung im Schillerkiez.

Dezember 2014: Eine WG in der Fuldastraße wehrt sich öffentlich gegen ihren Rausschmiss.

2015

Januar 2015: Steine und Farb-beutel aufs Rathaus Neukölln und ein paar ausgewählte Fensterscheiben drumherum. Zehn Jahre zuvor war Oury

Jalloh in einer Polizeizelle in Dessau verbrannt. „Oury Jalloh – das war Mord!“, ist die Parole gegen das Vergessen.

Januar 2015: Eingangstore des Flugfeldes nach Sabotage nicht mehr verschließbar. Freies Feld für alle zu jeder Zeit?

Januar 2015: Als Emserianer organisieren sich jetzt die Mieter*innen der Emserstraße. Dort, wo früher niemand wohnen wollte, jetzt aber alle kaufen wollen.

Januar 2015: Anarchistische Gartenschau: „Alles für alle!“ ziert die Wiese im Körnerpark in voller Breite.

Januar 2015: Das Neuköllner Mietenbündnis übergibt 3500 Unterschriften für die Einrichtung von Milieuschutzgebieten in ganz Nord-Neukölln. Jetzt muss die BVV prüfen.

Februar 2015: Veröffentlichung einer neuen Studie zu Mietsteigerungen zwischen 2009 und 2014: Nord-Neukölln mit Werten zwischen +70 bis +90% stadtweit ganz vorne dabei.

Februar 2015: Bezirkspatriarch Buschkotzky tritt ab, Franziska Giffey folgt, Randnotizen bleiben.

Februar 2015: Mieter*innen der Friedelstraße 54 organisieren sich gegen eine Sanierung durch die Citec Immobiliengruppe.

März 2015: Zum dritten Mal wird das Wandplakat mit Mieter*innentipps an der Weise- Ecke Herfurthstraße entfernt, zum vierten Mal taucht es sofort danach wieder auf.

März 2015: Kiezdemo mit 500 Leuten trotz Regen entlang von Orten des Widerstandes in Nord-Neukölln, darunter die Friedel 54 und der Kulturverein Allmende

März 2015: Allmende, Haus alternativer Migrationspolitik und Kultur, und verbunden mit vielen Neuköllner Initiativen, wird zwangsgeräumt.

März 2015: Reuterkiez mit den meisten AirBnB-Angeboten stadtweit.



Der Schillerkiez erwacht aus dem Dornröschenschlaf ...

Über Aufwertung im Schillerkiez.

Ein Rundgang mit dem Stadtteilaktivisten Reiner.



Reiner will mir heute über den Wandel im Schillerkiez berichten. Wir stehen an der Ecke Weisestraße/ Herrfurthstraße. Aus der Herrfurthstraße sei eine „Fressgasse“ geworden, beginnt Reiner, mit zum Teil erheblichen Preisen. Viele Alteingesessene können sich das nicht leisten. Entweder stehen draußen keine Preise dran oder wir lesen auf unserem Weg: Lammhaxe 13,90 Euro, Hähnchen 10 Euro, Risotto 10 Euro, Spätzle 7,90 Euro, Flammkuchen 6,90 Euro usw.

Seitdem das Tempelhofer Feld geöffnet wurde, so Reiner, haben sich die Hauptzugangswege zum Feld, die Selchower Straße und die Herrfurthstraße verändert. Gerade bei gutem Wetter strömen Menschenmassen aufs Feld. An den Straßen sind neue Gastronomie- und Modeläden entstanden. Zum Teil hat sich das Gewerbe aus dem stärker gentrifizierten Reuterkiez zum Schillerkiez hochverlagert.

In der Herrfurthstraße zwischen der Weisestraße und der Genezareth-Kirche gab es vor einigen Jahren noch viel Kleingewerbe, wie ein Bäcker, wo sich alle möglichen

Leute trafen, von jung bis alt, migrantisch und nicht migrantisch. Inzwischen sind die kleinen Läden weg. Entstanden sind Bürogemeinschaften, Modeläden und Gastronomie. Vor fünf Jahren wurde im Schillerkiez noch ein Gewerbeleerstand beklagt, weiß Reiner. Den gibt es inzwischen kaum noch. Nun wird Wohnraum in Gewerberaum umgewandelt. Das Haus Weisestr. 47 stünde jetzt komplett leer, aber das sei eine Ausnahme. Gelegentlich würden vorübergehend noch Wohnungen leer stehen. Auffällig seien auch Baugerüste im Kiez, die die Fassaden „außen aufhübschen, um sie besser zu vermieten oder zu verkaufen“, so Reiner. An manchen Häusern würden auch die Graffities schnell übermalt.

„Die Gentrifizierung ist in bereits vollem Gange“

Nun stehen wir an der Kirche. Davor steht eine BücherboXX. „Nimm ein Buch, bring ein Buch.“ verheißt ein Informationsblatt. Und: „Eine kleine Kultur des Gebens

und Nehmens“. Wir umlaufen die Kirche. „Gott ist tot!“ hat jemand an die Kirchenwand geschrieben. Die Nächstenliebe manifestiert sich auch an der City Toilette, die auf der Schillerpromenade vor 2-3 Jahren aufgestellt wurde. In Berlin muß man für dieses menschliche Bedürfnis mittlerweile immer öfter bezahlen.

Ob sich das wohl die Trinker*innen an der Schillerpromenade leisten können? Das Grünflächenamt baute ihnen vor Jahren die Tische ab: „Intelligente“ staatliche Lösungen. Mittlerweile sitzen im Sommer Massen an jungen Leuten aus der Mittelschicht mit alkoholischen Getränken vor der Kirche. Manchmal kam auch die Polizei, wenn es bei 70-80 Leuten etwas lauter wurde, so Reiner. Was würden sie wohl tun, wenn 70-80 Trinker aus der „Unterschicht“ sich dort aufhalten würden? Ob die eingesessene ältere Mittelschicht, die im Cafe in der Kirche sitzt, diesen Anblick wohl ertragen könnte? Entscheidend ist immer, wer wo trinkt und wer Kinder hat. Die Kirche profitiere vom Zuzug vor allem junger Familien, die die Räume der Kirche nutzen. Dort finden Kinderprogramme statt. Allerdings gehe die Oberstufe der evangelischen Schule aus dem Gemeindehaus 2017 heraus, dann will die Kirche das Gemeindehaus verkaufen. Das Haus hat einen großen Saal, der im Schillerkiez gut genutzt werden könnte. Reiner verweist auch auf einen Artikel in der taz. Die Pfarrerin der Genezareth-Kirche, Elisabeth Kruse, sagte der taz: „Die Gentrifizierung ist bereits in vollem Gange“. Im Kindergarten ihrer Gemeinde seien die bildungsnahen Mittelschichtsfami-

lien inzwischen in der Mehrheit, auch gebe es spürbar mehr Taufen. Anlass zum Jubeln ist das für Kruse nicht: „Wir haben hier alles nebeneinander: soziale Probleme und abends die Englisch sprechenden Touristen.“ (taz, 24.9.2014).

„Wir wollen nicht mehr mit den Kindern wegziehen.“

Wo zeigen sich die sozialen Probleme wohl mehr als in den Schulen Neuköllns. Auch hier kann man viele Sprachen hören. Der Lärm vom Schulhof der Weiseschule schallt hinüber. In der Weiseschule haben über 90% einen migrantischen Hintergrund, so Reiner. Die Elterninitiative „Kiezscheule für alle“ will (Mittelschichts-) Familien im Kiez halten, mit einem Ziel: „Wir wollen nicht mehr mit den Kindern wegziehen.“ Einige Eltern sind sehr dominant aufgetreten, wobei es zum Streit mit migrantischen Eltern kam, berichtet Reiner. Im Kiez gebe es ein „Kinderwachstum“ bei Westdeutschen und -europäern. Kinderläden haben mittlerweile lange Wartezeiten, weil sie voll sind. Auch im Straßenbild werde es sichtbar, viele sind mit Kindern unterwegs, nicht nur weil sie zum Tempelhofer Feld wollen, sondern weil sie im Schillerkiez wohnen.

Sichtbar sind die jungen Familien und die Mittelschicht auch auf dem Schillermarkt seit drei bis vier Jahren. Am Anfang gab es noch türkische Gemüsestände, die waren aber schnell weg. Jetzt ist es ein reiner Biomarkt mit ent-



sprechenden Preisen und dem dazu gehörigen Publikum. Überhaupt sei die migrantische, hauptsächlich türkisch-arabische Bevölkerung nicht mehr so sichtbar wie früher, jetzt könne man eher Englisch an warmen Tagen hören, so Reiner.

Die neue „Arbeitsmaxime“ des Quartiersmanagement

Jetzt kommen wir am Quartiersmanagement vorbei. Gunnar Zerowsky, seit 2013 Leiter des QM-Büros auf der Schillerpromenade, freut sich über „die vielen neuen Gesichter“, über die fast täglich neu eröffneten Läden. Der Schillerkiez, sagt er, sei aus dem Dornröschenschlaf erwacht. Von Verdrängung will das QM einerseits nichts wissen, QM-Manager Zerowsky sagt „Wir haben hier noch nicht mal die erste Stufe erreicht“, andererseits lautet die neue Arbeitsmaxime des Quartiersmanagements nun „Das Tor zur Freiheit – lebenswert für alle!“ (taz, 24.9.2014).

Reiner erzählt, dass das QM argumentiere, die neuen Bewohner*innen seien in leerstehende Wohnungen gezogen. „Mit dem Tempelhofer Feld vor der Nase ist aus dem dicht bebauten Gründerzeitquartier, in dem rund 23.000 Menschen auf 100 Hektar leben, plötzlich eine begehrte Wohnlage geworden“ (taz, 24.9.2014). Für das Quartiersmanagement stellt es ein Problem dar, dass die Studierenden, Künstler*innen, jungen Familien alle wieder weg zögen, sobald die Kinder ins Schulalter kämen, berichtete die taz am 24.9.2014. Will man durch Verdrängung der Armutsbevölkerung die Schulmisere in Neukölln beseitigen?

Der Baustadtrat Blesing sagte: „Jetzt wollen wieder viele hier wohnen.“ Aber Leute mit Geld zögen noch immer nicht in Strömen her, so Zerowsky (taz, 24.9.2014). Aber nicht nur die Schulen halten Wohlhabende davon ab nach Neukölln zu ziehen. Auch der abdankende Bürgermeister Heinz Buschkowsky hat mit seinem Buch „Neukölln ist überall“, seiner Kolumne in der Bild-Zeitung und seinen markigen Sprüchen viel für den schlechten Ruf Neuköllns getan. Ebenso verkünden soziale Einrichtungen wie die Schuldnerberatung der AWO, die Bürgerhilfe, eine Wärmestube und der Beschäftigungsträger tandem, dass es immer noch genügend soziale Probleme im Schillerkiez gibt. Auch Pinel, einer der größten Träger der ambulanten psychiatrischen Versorgung in Berlin, eine gGmbH, hat inzwischen im Schillerkiez ein Büro eröffnet.

Für den Schillerkiez gebe es keine neueren Zahlen zur Sozialstruktur. Dieses Jahr solle ein neuer Sozialmonitoring-Bericht erscheinen, alle zwei Jahre, so Reiner.

Prost!

Jetzt kommen wir am Dart-Club vorbei. Die taz hatte von dem Club und seiner Selbstorganisation berichtet, erzählt Reiner. Die Besucher*innen betreiben einen Verein und unterstützen sich gegenseitig. Ja, es gibt sogar noch normale Eckkneipen im Schillerkiez, die von ihrem alten Klientel besucht werden. Viele der Neuzugezogenen gehen dort nicht hinein, obwohl die Kneipen sehr billig sind, so Reiner. Ausnahme ist zum Beispiel das Bärenneck an der Hermannstraße, wo am Wochenende neben Stammgästen viele junge Zugezogene sitzen und ein preiswertes Burgi zu 1,40 Euro trinken. Auch das neue Allereck lebt von einer Mischung. Die alten Ur-Neuköllner Stammgäste sitzen da neben den Punks oder zugezogenen jungen Leuten. Wie eh und je kommt abends der BZ-Verkäufer zur Punkmucke und Vokü am Mittwoch. In den anderen neuen Kneipen sitze dagegen meistens nur ein ganz bestimmtes „homogenes“ Publikum, Zugezogene aus Westdeutschland oder Westeuropa, jung und gut qualifiziert. Reiner erzählt von einem Cafe, wo an fünf Tischen je eine Person an ihrem Laptop sitze. Bezeichnend seien auch die Menschenmassen, die aus dem U-Bahnhof Boddinstraße herausströmen. Vor Jahren leerte sich die U8 am Hermannplatz, danach fuhr kaum noch Leute mit. Jetzt könne man auch beobachten, wer weiterfahre und an der Boddinstraße aussteige. Gerade an Wochenenden ist es auch „Partyvolk“.

Vom Problemhaus zum „Co-Working Space“

Jetzt biegen wir in die Okerstraße ein, diese war eine Problemstraße für das QM. Die Task Force Okerstraße wurde Ende 2012 für beendet erklärt. Im „Problemhaus“, Okerstr.43 befindet sich nun ein „Co-Working Space“. Das vormalig von Romas bewohnte Haus hätte mittlerweile vor anderthalb Jahren neue Mieter*innen bekommen, die 9 Euro pro m² Miete zahlen, so Reiner. In einem Haus gab es vor kurzem eine Zwangsräumung, zu der zwölf Polizisten kamen. Dieser Mieter fühlte sich seit längerem durch ein „Yuppie-Cafe“ im Haus in seiner Ruhe gestört. Eines Nachts, als er um Ruhe bat und ausgelacht wurde, zertrümmert er mit einem Beil den Tresen. Jetzt ist er wohnungslos. Im Haus gab es kräftige Mieterhöhungen, neue Mieter in einer WG, die die gleiche Größe hatte wie seine Wohnung, zahlen 900 Euro. Ziehen Hartz IV-Bezieher*innen weg, weil die Miete zu hoch wird, entstehen ggf. Wohngemeinschaften mit internationalen Bewohner*innen, die höhere Mieten in Westeuropa oder den USA gewohnt sind – und der Verdrängungsprozess setzt sich weiter fort.

Nicht nur die Mieterstruktur verändert sich im Schillerkiez, auch die Vermieterstruktur. Vor fünf, sechs Jahren waren es überwiegend Einzeleigentümer*innen, die in den Häusern gewohnt haben, so Reiner. Diese hatten eine Mietbörse, wo sie die Wohnungen gemeinsam anboten, als kaum Leute nach Neukölln wollten. Als das Tempelhofer Feld geöffnet wurde, wurde der Schillerkiez attraktiv. Und die Erben verkauften die Häuser eher an Immobiliengesellschaften. Die kaufen billig und verkaufen wieder, wie die Immobiliengruppe Mähren. Sie hätten vor zwei Jahren gekauft und vor kurzem wieder verkauft. Einige Vermieter sind langfristig orientiert, in der Hoffnung, dass sich die Mieten weiter erhöhen. So Akelius, die in Berlin fast 12 000 Wohnungen besitzen. Sie haben im Schillerkiez massiv Häuser gekauft. Zunehmend entstehen auch Ferienwohnungen. Bei einigen, die Zimmer vermieten, geht's um einen Zuverdienst, bei anderen, die das größer aufziehen, geht es ums Geschäft.

Den Müll gibt's aber immer noch

Ihr Geschäft machen auch die zahlreichen Hunde auf den Bürgersteigen des Schillerkieses. Neben dem Hundekot findet sich auch noch Müll auf den Gehwegen. Eine große Matratze behindert unseren Spaziergang in der Weisestraße. Später kommt noch eine Couch. Die BZ

präsentierte vor kurzem ihren Leser*innen einen Müllhaufen auf der Schillerpromenade. Auch dem QM ist der Müll ein „Dorn im Auge“, wo der Kiez gerade aus dem Dornröschenschlaf erwacht. Sie schreiben: „Der Schillerkiez und seine Freiflächen sind teilweise von der verstärkten touristischen Nutzung (Durchgangsgebiet zur Parkfläche Tempelhofer Freiheit) aber auch durch einen Zustand der Verwahrlosung, Vermüllung und illegalen Nutzung gekennzeichnet.“ Deshalb gibt es 22 000 Euro für das Projekt „Sensibilisierung zur Müllvermeidung im öffentlichen Raum“.

Als wir uns gemeinsam durch die „Müllberge“ in Neukölln den Weg in Richtung U-Bahn „gebahnt“ haben, ja wir sind „sensibilisiert“, verweist Reiner auf einen ehemaligen Bäcker, wo sich die Neuköllner „Alki-Szene“ traf. Der Laden steht inzwischen leer, der Vermieter CAM bietet ihn zur Miete an. Schließlich kommen wir noch an der Mahlower Str. 27 vorbei, wo sich der neue Nachbarschaftstreff befindet. Dort besteht die Möglichkeit, die Räume für Veranstaltungen und Treffen zu nutzen, Beratungsangebote wie zum Beispiel die Mieterberatung wahrzunehmen und selbst Ideen einzubringen. Dann sind wir an der Hermannstraße. Dort hätte sich wenig geändert, sagt Reiner, einige wenige Szeneläden hätten aufgemacht. Ich entdecke ein Cafe, das nett aussieht. Bis bald. Es war einmal der Schillerkiez.



Wem gehört Rixdorf?

Das Kiezforum Rixdorf über die Entwicklungen im Richardkiez

Eine 2010 im Auftrag des Quartiersmanagements Richardplatz Süd erstellte Studie konnte noch keine Anzeichen einer einsetzenden Gentrifizierung im Kiez feststellen. Doch einige kritische Anwohner*innen sahen deshalb keinen Grund aufzuatmen, standen die Zeichen für sie längst schon auf Sturm. Und es sollte auch nicht mehr lange dauern, bis aus einer nur „gefühlten“ oder befürchteten Aufwertung und Verdrängung ärmerer Bewohner*innen ein nicht mehr zu bestreitender Befund werden sollte.

Seit 2009 versuchen wir als Kiezforum, mit verschiedenen öffentlichkeitswirksamen Aktionen für das Thema zu sensibilisieren. Dabei haben wir es in Alt-Rixdorf unter anderem auch mit zwei spezifischen Ausprägungen der (privaten und öffentlichen) Aufwertung zu tun: mit Baugruppen und der „Aktion!-Karl-Marx-Straße“.

Baugruppen-Watch

Historisches Ambiente mit Dorfcharakter in Fußnähe, umgeben vom Flair der jungen, hippen, kreativen Szene, dazu das Sicherheit und neues privates Wohnglück versprechende Betongold, in das investiert wird – dieser denkbar attraktiven Gemengelage aus standortspezifischen Pull- und Kapitalverwertung einfordernden Pushfaktoren konnten gleich drei Baugruppen bzw. Projektplanungsbüros nicht widerstehen. Und kauften die letzten bebaubaren Flächen in Fußnähe des Richardplatzes, oder leisten Erbpachtzinsen.

Das Ausbauhaus Neukölln (mit 24 Wohnungen) in der Braunschweiger Str. 41 ist nach kurzer Bauzeit bereits fertiggestellt und bezogen. Auf dem Gelände der Baugruppe in der Richardstr. 8 (mit 11 Wohnungen) ist aktuell die Baugrube ausgehoben. Dagegen ruhen bei der Baugruppe Wilhelm-Busch-Straße 12 (40 Wohnungen) die Arbeiten - die Baugenehmigung wurde erstmal abgelehnt. Diese Baugemeinschaft sticht mit ihrem Konzept besonders heraus, plant sie doch einen Mix von 60 % Genossenschafts- und 40 % klassischen Eigentumswohnungen. Im Erdgeschoss sind Räume für Gewerbe vorgesehen. Mit dem abgeschlossenen Erbpachtvertrag verbleibt das Grundstück im Besitz der evangelischen Kirche.

Auffallend ist das angestrebte Bemühen der (zukünftigen) Eigentümer*innen und Wohnungsnutzer*innen dieser Baugruppenprojekte, sich ein positives Image zu verschaffen, was grotesk anmutende Verlautbarungen zu Folge hatte. So versichert uns die Baugruppe der Richardstr. 8: „Der Stadtteil wird in den kommenden Jahren eine weitere Veränderung zum Positiven erfahren, ohne seinen bisherigen Charakter zu verlieren, was wir sehr begrüßen.“

Eine der allerersten Handlungen des Projektes Wilhelm-Busch-Straße 12 schien die Einrichtung der „AG Kiez und Öffentlichkeit“ gewesen zu sein. In einem Interview mit der Kiezzeitung des örtlichen Quartiersmanagements stellten sich die beiden Öffentlichkeitsarbeiter*innen vorsichtshalber das Zertifikat „verdrängungsfrei“ gleich selbst aus.

Das Ausbauhaus Neukölln wiederum scheut sich nicht, seine rein privat ausgerichtete Eigentumsbildung in den Kontext einer „sozialen und kulturellen Stadtentwicklung“ zu stellen. Auch dieses Zertifikat gibt es offenbar gratis für die aufgewendete Mindesteinstiegssumme von 2.000,00 €/qm dazu. Die Baugruppe hält sich zudem zugehörig, durch ihr Modell der selbst- bzw. per Projektbüro organisierten Gruppeninitiative „böse“ Investor*innen auszuschalten.

Die Eigentümer*innen des Ausbauhauses haben sich für einen dunklen bunkerähnlichen Neubauklotz entschieden, der mit seinen hohen Mauern und massiven Eisentoren wie ein sich von seinem sozialen Umfeld abschottender Fremdkörper wirkt. Das Signal an die Nachbarschaft ist eindeutig: Du bist draußen, und wir drinnen sind uns allein genug! Wir sind gespannt, wann sich die ersten Beschwerden über Lärm auf dem benachbarten Bolzplatz bemerkbar machen. Denn der Zusammenhang ist erwiesen: Top-Wohnung in Top-Lage verlangt das entsprechend homogene Top-beruhigte Umfeld.

Gemessen an der gesamten Bautätigkeit in Berlin mögen die Aktivitäten von Baugruppen kaum ins Gewicht fallen. Festzustellen ist jedoch, dass sie in ihrer Nachbarschaft als sichtbare Marker, Anheizer und Profiteure

der Aufwertung fungieren. „Fuck off, bourgeois scum“ ist aktuell am Gemäuer des Hauses zu lesen.

Aktion!-Karl-Marx-Straße

Die 2008 eingerichtete AKMS ist eine Initiative von Senat und Bezirk, um die anstehenden straßen- und platzbaulichen Maßnahmen im Sanierungsgebiet Karl-Marx-Straße zu koordinieren und nach außen hin zu vermitteln. Instrumente dabei sind öffentliche Versammlungen, ein Aktionsfonds, öffentliche Wettbewerbe zur Gebäude- und Platz(um)benennung, die Imagebroschüre „Broadway Neukölln“. Die AKMS ist bestrebt, vor allem lokale (Einzel-)Unternehmen und sog. Kreative mit den Planungsämtern zusammenbringen. Anwohner*innen und Verbände runden als weitere „Akteure“ das Bild ab.

Eine „funktionsfähige Einkaufsstraße“ soll entstehen, mit „qualifizierten Angeboten“. Überhaupt soll die Karl-Marx-Straße zu einem wirtschaftlich und kulturell prosperierenden Zentrum werden, vom Hermannplatz bis zur S-Bahn, einschließlich der Seitenstraßen und des Kindl-Geländes. „Jung, bunt und erfolgreich“ wird im bestmöglichen Marketingslang an der Standortprofilierung gefeilt. Zukunft soll gemeinsam gestaltet werden, von „Erneuerung“ ist die Rede.

Was erneuert wird, sind jedoch weder die geringen Einkommen breiter Anwohner*innengruppen noch ihre Perspektiven, hier vor Ort wohnen bleiben zu können. Wenig verwunderlich, dass auch in der 2011 verabschiedeten Sanierungssatzung soziale Belange ein Schattendasein fristen. Umfassender Mieter*innenschutz? - Fehlange.

Warum auch? Schließlich protegieren Bezirks- wie Senatverwaltung die Aufwertung Nordneuköllns nach Kräften. Die Verdrängung einkommensschwacher Bewohner*innen ist Mittel zum Zweck, um die Vision eines neu sortierten Bezirkes mit relevanter Kauf-



kraft Wirklichkeit werden zu lassen. In den Quartiersmanagementgebieten ist die Attraktivierung der Kieze und der Zuzug von „bildungsstärkeren Haushalten“ erwünschter Effekt.

Nicht von ungefähr wurde in einer bezirklichen Vorabstudie zum Sanierungsgebiet die Entwicklung in Prenzlauer Berg als Vorbild dargestellt. (Einem Ortsteil, dessen Bevölkerung sich bekanntermaßen im Verlauf der Sanierungsmaßnahmen in den 90er und 00er Jahren fast komplett ausgewechselt und mittlerweile nicht zu Unrecht den Ruf einer durchhomogenisierten Wohlfühlzone für die aus Westdeutschland zugezogene Neobürgerlichkeit hat). Der Zuzug von einkommensstärkeren Haushalten in Neukölln wird auch gern mit der (Wieder-)Herstellung einer sog. sozialen Mischung (Berliner Prägung) begründet. Diese dient im bestehenden Kontext jedoch einzig und allein dazu, die Verdrängung von Armen, die entsprechend der Bevölkerungsstruktur in Neukölln häufig auch einen (post-)migrantischen Background haben, zu rechtfertigen.

Die sog. Lenkungsgruppe stützt als offizielle Vertretung der Anwohner*innen im Sanierungsgebiet den offiziellen Diskurs der Erneuerung. Gewählt wird dieses Gremium aus einer kleinen, nicht repräsentativen Versammlung von Befürworter*innen der AKMS heraus. Es hat allein beratende Funktion und versammelt alle wohlmeinenden Akteur*innen, welche sich dem verordneten Konsens unter- bzw. den in den Planungsämtern und von den politi-

schen Entscheider*innen längst festgelegten Zielpunkten der Umgestaltung der KMS zuordnen. Gerade auch um Mietsteigerungen besorgte Anwohner*innen sind in der Lenkungsgruppe wie insgesamt der AKMS willkommen, verleihen sie dem Ganzen doch den Anschein eines offenen, demokratischen Austausches. Jede*r wird - theoretisch - gehört. Partizipation wird - simuliert.

Renditeversprechen

Staatliche Interventionen in den Wohnungsmarkt (Kapungsgrenze bei Mieterhöhungen, Verbot von Ferienwohnungen, Milieuschutzverordnungen etc.) zeugen von getriebenem Aktivismus, kommen jedoch um Lichtjahre zu spät und haben letztlich nur in sehr begrenztem Ausmaß eine dämpfende Wirkung auf die Dynamiken des Immobilienmarktes. Doch solange dieser Renditen jedweder Höhe verspricht, insbesondere durch Modernisierungen, durch Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen oder allein schon durch die mieten erhöhenden Effekte des Mietspiegels, stehen einkommensschwächere Mieter*innen weiterhin unter Druck. Insbesondere dann, wenn der prekarierte, segmentierte und unter Lohnpresserei stehende Arbeitsmarkt keine, zu wenig oder schlecht bezahlte Arbeit bietet. Insbesondere dann, wenn die neoliberale Stadt mit der ideologischen Figur der klammen Kassen bestrebt ist, ihre sozialen Ausgaben weiter zu senken und den Standort für neue Unternehmen attraktiv zu machen.

Eine der Voraussetzungen dafür, „eine Stadt für alle“ zu schaffen, wäre es, die Marktförmigkeit im Bereich Wohnen (und anderen Bereichen der Daseinsvorsorge) zurückzudrängen bzw. zu beseitigen. Allein sich, sagen wir, zehn Jahre zurückzubeamen ins nur vermeintlich

unschuldige, mietengünstige Neukölln vor der Gentrifizierung bringt nichts, schon allein deshalb, weil es niemandem zuzumuten ist, in abgehängten, marginalisierten Kiezen der Armut zu leben (abgesehen von Sozialromantiker*innen mit ausreichendem Auskommen). Auch wäre es verkürzt, im Zeichen der Mehrfachkrisen den auf Wohlfahrt setzenden Staat anzurufen, denn ein solcher sollte als ideeller Gesamtkapitalist im Dienste einer bestmöglichen Kapitalakkumulation betrachtet werden, die ebenfalls auf Ausbeutung beruht.

Personalisierungen und Vereinfachungen in der Auseinandersetzung mit der Gentrifizierung vorzunehmen und „Yuppies“, „die Mittelschichten“, „die Kreativen“ oder „Kunstschaffenden“, „die Touris“, „die Hipstergastronomie“ oder Performer*innen anderer, weil bürgerlicher Lebensstile als Ursache der Malaise darzustellen bringt's auch nicht. Denn nicht die in die Kieze der Innenstadt hereindrängenden Vertreter*innen dieser und ähnlicher Schichten und Milieus sind das eigentliche Problem, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse, die es erst soweit haben kommen lassen. Was wiederum nicht heisst, unter Berücksichtigung eben dieser Vorzeichen ausgewiesene Renditeabzocker*innen, Zwangsräumungen veranlassende Vermieter*innen und die politisch verantwortlichen Verdränger*innen von Kritik auszunehmen und nicht gegen sie vorzugehen. Im Gegenteil.

Deshalb, auch wenn's weniger funky klingt, sprüht unsere Farbdose: „Fuck off, market, fuck off, profit, fuck off, state!“

www.rixdorf.org



Interview mit den ehemaligen BetreiberInnen des Freien Neukölln

Ihr musstet Ende 2014 eure Kneipe „Freies Neukölln“ dicht machen, wie kam es dazu?

M: Das Problem war, dass der Eigentümer das Haus weiter veräußern und dabei natürlich einen entsprechenden Kaufpreis erzielen will. Deswegen wird der Laden jetzt komplett saniert und um eine weitere Wohnungsfläche vergrößert, die dem Gewerbe zugeschlagen wird. Er hat jetzt einen Vorvertrag mit einem Gastronom aus der Nachbarschaft, der dafür anschließend 5000 € Miete bezahlen soll. Das kann er dann in die Verkaufskalkulation einrechnen. Das ist letztlich glaube ich der Hintergrund gewesen und deshalb haben sie mit uns gar nicht mehr verhandelt. Sie haben uns ja gar nicht erst ein Angebot gemacht, dass wir dann abgelehnt hätten. Wir hätten natürlich weder dieser Renovierung zustimmen können, noch so eine Summe bezahlen können. Die wollten einfach, dass die Fotos vom Laden gut aussehen.

Wie viel Miete habt ihr denn bezahlt?

M: 1300 haben wir zuletzt gezahlt, wobei wir 2006 mit 700 angefangen haben. Das ist ja an sich schon eine ganz schön ordentliche Steigerung gewesen.

A: Auch weil der Laden sich ja in keinerlei Weise verbessert hat. Von denen aus wurde da nichts renoviert oder so. Der blieb ja so schälliger.

M: Wir hatten da ganz schön Schwierigkeiten. Bei den ganzen Abflussleitungen z. B. Die waren viel zu dünn vom Querschnitt her bemessen und der Vermieter hat uns nicht mal in den Keller gelassen, um das zu ändern. Das war die ganze Zeit so ein Terror mit dem. Wir hätten da in mehrere Kellerräume gemusst, um da einfach mal ein dickeres Rohr anzubringen, das hätte vielleicht 200€ gekostet, um das zu machen. So mussten wir auf ner ziemlichen Länge immer diese Rohre entstopfen. Das war ganz schön ekelig. Völlig absurd. Das haben wir fünf Jahre lang versucht. Das wurde schon klar, als das Haus 2008 verkauft wurde. Seitdem war da nur Konfrontation. Der wollte uns zunächst unsere fünf Jahre Mietvertragsoption, die wir nach den ersten drei Jahren hatten, nicht

geben, obwohl er dazu vertraglich verpflichtet war. Der hat da mit mehreren Anwälten damals schon versucht, uns raus zu kanten. Im Prinzip haben wir einfach deren Pläne, die sie jetzt durchführen um fünf Jahre verzögert. Das hat uns auch nen Haufen Anwaltskosten eingebracht. Aber die wollten das wahrscheinlich damals schon machen. Und haben nur gewartet bis wir endlich raus sind.

Ihr ward ja die erste neue Kneipe hier in der Ecke. Hättet ihr euch das 2006 vorstellen können, dass ihr von einer Entwicklung, die ihr ja zu Beginn mit gestaltet habt, 9 Jahre später selbst verdrängt werdet?

A: Nee, wo du Gestalten sagst, den Eindruck von Gestalten hatten wir da ja überhaupt nicht. Wir wollten nur `ne Kneipe aufmachen in einer Gegend, wo es noch keine solche Kneipe gab. Und wo wir dachten, das Publikum wird hoffentlich dafür ausreichen. Darüber waren wir uns ja noch nicht mal sicher. Am Anfang erschien mir die Kneipe ja mindestens ums Doppelte zu groß, um sie füllen zu können. Und den Getränkehändler, den wir irgendwann mit Mühe und Not auf tun konnten, der hat auch gesagt, also hier wird doch nichts gehen. Also Gestalten kann man da erst in der Rückschau sagen. Am Anfang war das einfach ein Versuch.

Damals habt ihr euch also gar nicht als PionierIn verstanden?

A: So eine Entwicklung hätte ich mir in der Tat nicht träumen lassen

M: Also im Nachhinein würde ich sagen, das war absolut blauäugig und blöd von uns. Wenn man sich jetzt anguckt was überall in Berlin passiert, kann man sich eigentlich kaum noch vorstellen, dass wir uns 2006 nicht vorstellen konnten, dass das auch hier passiert. Es war aber trotzdem so. Ich konnte es mir auch nicht vorstellen und das ist komisch, weil wir das jedenfalls in Mitte und in Prenzlauer Berg in den 90ern auch ganz gut miterlebt haben. Wir waren ja in den 90ern lange im Schokoladen aktiv. In der Nachbarschaft dort hat man das ja eigentlich alles gesehen, was da passiert.

A: Aber da war ja zu dieser Zeit an sich in der Gegend ,ne riesige Aufbruchstimmung. Von daher konnte man da alles Mögliche denken. Hier haben wir ja, als wir den Laden aufgemacht haben, gar nicht darauf gesetzt, dass junge Leute aus aller Welt sich in Neukölln herumtreiben würden und dahin kommen. Wir haben ja auf was ganz anderes, nämlich auf einen Kiezladen gesetzt, wo möglichst viele von dem höchstvermischten Neuköllner Publikum reinkommt. Wir wollten ja alle, die in der Ecke wohnten bei uns gerne zu Gast haben und hatten gar nicht irgendein Zielpublikum wie junge Leute, StudentInnen, KünstlerInnen oder so. Das wäre ja auch völliger Wahnsinn gewesen, weil es damals ja kaum welche gab. Unser größter Traum war es ja, dass wir es auch schaffen, die türkischen und arabischen Jugendlichen mit reinziehen in den Laden. So war das gedacht. Niemand sollte weiter als 400 Meter von seiner Wohnung in unseren Laden gehen. Und am Anfang war das natürlich auch so.

Wer waren denn die Menschen, die zu Anfang ins „Freie Neukölln“ kamen?

A: Leider in der Tat nicht die arabischen und türkischen Jugendlichen. Aber alle anderen der damaligen Neuköllner Mischung haben sich bei uns wieder gefunden.

M: Das war wirklich so eine Nachbarschaftskneipe in den ersten anderthalb Jahren. Da kamen tatsächlich sehr verschiedenartige Leute. Ob das nun der Bäcker war, der nachts noch Bier trinken gekommen ist, oder irgendwelche SchriftstellerInnen, KünstlerInnen, MusikerInnen oder ArbeiterInnen. Die Kundschaft war auch deutlich älter in der Zeit. Das waren Leute, die schon richtig lange in Neukölln gewohnt hatten. Die kannten sich damals auch alle.

In einem Interview habt ihr erzählt, dass am Anfang niemand nach Latte Machiatto gefragt hätte, und nach zwei Jahren so knapp 80 Leute am Tag das verlangt hätten.

M: Wir hatten irgendwann mal die Idee, dass man ,ne Strichliste führen müsste, als Indikator für diese Entwicklung. Das war für uns schon sehr auffallend. Wir hatten einfach keinen Grund, das am Anfang anzubieten, weil das auch schlichtweg niemand wollte.

A: Starten wollten wir eigentlich mit normalem Filterkaffee und gefragt wurde am Anfang, aus dem Programm das wir nicht hatten, eigentlich eher nach Korn. Den hatten wir am Anfang noch gar nicht im Programm, weil der uns wiederum zu unschick erschien. Der wäre der

große Renner gewesen.

M: Ja so nach Korn und Futschi, und all solchen Sachen, wurde damals viel gefragt. Und plötzlich ging das dann mit dem Latte Machiatto los. Wir haben bis zum Schluss keinen Latte Machiatto gemacht, obwohl wir so eine Kaffeemaschine rumstehen hatten, die das konnte.

A: Das war Trotz!

M: Eigentlich eher ein alberner Running Gag würde ich sagen. Der ist ja auch wieder out, glaube ich. Da kamen dann ständig irgendwelche neuen Kaffeespezialitäten, die bei uns nachgefragt wurden.

Wie hat sich denn dann im Laufe der Zeit euer Publikum verändert?

A: Zum einen formal gesagt, dadurch, dass mehr kamen, die nicht um die Ecke wohnten. Sondern angereist sind auch aus anderen Bezirken. Das war nach dieser ganzen „Neukölln rockt“ Nummer, die da von der Zitty völlig dämlich losgetreten wurde. Als Neukölln partout zum Szene-Bezirk erklärt werden sollte. Da sind dann schon Leute vornehmlich am Wochenende vom Prenzlauer Berg zu uns gereist und standen dann einigermaßen enttäuscht, würde ich sagen, vor unserm Laden. Was soll denn hier toll sein, dachten die wohl. Und wir haben gesagt, hier ist auch nix toll, wir haben auch nie behauptet, dass hier irgendetwas toll wäre. Da hat sich das von der Kiez- und Stammkneipe wegbewegt und die Leute kamen dann angereist aus andern Berliner Bezirken aber auch aus anderen Gegenden Deutschlands und letztlich dann halt aus der ganzen Welt.

M: Und dann war's auch eben plötzlich einfach voll. Dann fühlt sich die Nachbarschaft auch nicht mehr so wohl. Wenn du an einem Freitag Abend erst so um zehn bei uns reinkamst, dann hast du schon eigentlich keinen Platz mehr gekriegt. Wir wollten aber natürlich auch keine Türsteher haben, die da irgendwem die Plätze freihalten, das ist ja völlig albern. Aber andererseits darf man auch nicht ganz vergessen, dass parallel dazu dieses dämliche Nichtraucherschutzgesetz eingeführt wurde, und das hat diese Entwicklung der Publikumsveränderung eigentlich massiv dynamisiert. Dann gabs den Tresen nicht mehr, weil da nicht mehr geraucht werden konnte. Und andererseits sind dann ein Haufen andere kleine Läden entstanden, wie die Astra-Stube in der Weichselstraße, wo man in den kleinen Läden auch rauchen durfte, die ein bisschen mehr ab vom Schuss waren. Wir waren auch auf dieser elendigen Einflugschneise vom Hermannplatz.

Der Kiezcharakter ist von denen übernommen worden, das haben sie gut gemacht, aber da waren wir dann sozusagen aus dem Spiel. Das was die Leute vorher bei uns gefunden haben, wo man am Tresen Nachbarn trifft, das hat sich dann in die kleineren Läden verlagert. Wir hatten dann im Prinzip vor allem Gruppen die reinkamen.

A: Auch weil das „Freie Neukölln“ einer der wenigen größeren Läden war, zumindestens ‚ne Zeit lang. Ich versteh zwar bis heute nicht, was man als junger Mensch daran toll finden kann, zu zwölf miteinander auszugehen, aber das tun ja Leute massenhaft. Und die sind dann häufig zu uns gekommen, weil da einfach mehr Platz war. So was verändert aber die Struktur von einem Laden, zumindest für den Abend erheblich. Dann wird das für Einzelne, die vielleicht dort sind, um auch wen zufällig zu treffen eher ungemütlich. Dann kriegt das alles so einen komischen Partycharakter.

Das heißt, nach den ersten zwei Jahren hatten ihr dann ein Publikum, das ihr am Anfang gar nicht haben wolltet?

M: Was heißt nicht haben wollten. Das ist ja keine Kritik an dem Publikum, das in den Laden kam. Das gehört auch dazu. Man macht halt `ne Tür auf und dann passiert was passiert.

A: Zumal, wenn man „Freies Neukölln“ drüber schreibt. Das ist dann echt schwer mit ‚nem Türsteher zu agieren und zu sagen: für dich aber nicht frei.

M: Es haben sich ja auch aus dem veränderten Publikum echte Stammgäste raus kristallisiert. Es ist ja nicht so, dass es mit den Zugezogenen hässlich wurde. Das stimmt nicht. Wir beschreiben das jetzt ja eher, um die Veränderungen zu zeigen, ohne diese gleich zu werten. Das hat man oft in unsere Aussagen rein interpretiert. Aber das ist eigentlich Käse. Wir wollten vor allem immer beschreiben: Hier verändert sich was, und das wird wahrscheinlich für die MieterInnen und für die Stadtlandschaft nicht gut ausgehen. Weil das ist ja schließlich nicht angetrieben von spanischen Zuwanderern, sondern von dem Kapitaldreck.

A: Insofern ist der Laden auch ein Stammpublikumsladen geblieben. Leute sind auch nach acht Jahren nicht viel weiter gelaufen als 400 Meter zu uns gelaufen. Es waren bloß halt andere, die in dem Umkreis wohnten und das ist dann weder die Schuld von dem Laden noch von den Leuten, sondern die Schuld von dem gesamten System.

M: Dazu kam natürlich die Veränderung in Europa. Nach 2008 diese Finanzkrise, die vor allem die Spanier und Italiener getroffen hatte. Und Neukölln stand halt gefühlt damals zu einem Drittel leer. Die Wohnungen waren leer und das ist ja auch gut, dass die sich gefüllt haben. Scheiße ist, dass man da sofort die Rendite gewittert hat. Das eben die Wohnungen nicht mehr für drei oder vier Euro den Quadratmeter vermietet wurden, sondern direkt für sieben, acht unrenoviert und renoviert direkt für zehn oder so. Dieser unfassbare Sprung, der da stattfand und der natürlich ganz schnell auch bedeutete, dass die die in die Weserstraße in unsere Nachbarschaft gezogen sind, eben auch die waren, die ein bisschen besser ausgestattet waren. Und das sind halt scheiß Mechanismen.

Und wie war es im Kiez, wie haben sich die Läden um euch herum verändert?

M: Das ging dann relativ schnell eigentlich. 2007 im Mai glaub ich machte dann das Ä auf und das Silverfuture. Und das Tristeza kam dann Ende 2007. Am Anfang hat man das noch verfolgt und sich gegenseitig besucht in den Läden. Und irgendwann ging das dann Schlag auf Schlag. Irgendwann hat man das aus dem Blick verloren.

A: Und irgendwann haben dann natürlich dann Läden aufgemacht, die direkt auf das neue Publikum gezielt haben. Das war ja bei den ersten Läden noch anders. Da hat dann später kaum noch ein Laden aufgemacht, der im allerweitesten Sinne, und das kann man ja sowieso nur in einem relativ weiten Sinne tun, auf so ein widerständiges Potential setzt oder so etwas ausgeben und anziehen will. Die meisten, der neuen Läden haben nur aufs Geschäft gesetzt und darauf, im System mitzuspielen. Natürlich haben wir auch unser Geschäft gemacht. Das will ich damit gar nicht sagen. Das „Freie Neukölln“ ist ja kein Wohltätigkeitsverein gewesen. Aber es war nicht unser Hauptantrieb und wenn wir davon leben konnten und die, die bei uns gearbeitet haben, dann konnten wir darüber hinaus, so wir wie das u.a. mit dem Mietvertrag gestaltet hatten, auch ein paar Sachen machen, die wir einfach machen wollten, auch wenn sie nicht lukrativ waren. Und ich glaube darüber haben später nur noch wenige nachgedacht.

M: Andererseits hatten wir im Schnitt auch immer so 15 Leute, die bei uns gearbeitet haben. Das is‘ das Ding, das musst du dann runter fahren, wenn die Miete teurer wird. Jetzt hast du fast überall nur noch Selbstbedienung, wir haben noch Service gemacht, das ist natürlich viel personalintensiver. Es gibt aber Leuten die Möglichkeit, Geld zu verdienen und ‚nen Job zu haben. Die Abstriche,

die man dann anfangen muss zu machen, die gehen dann zu Lasten von uns allen. Irgendwo sitzt jemand und verdient aber ganz ordentlich daran, dass hier nicht mehr genug Leute verdienen.

Das Problem, Teil von so einer Dynamik zu sein, gleichzeitig aber auch etwas dagegen machen zu wollen, diese Entwicklung abzulehnen, habt ja nicht nur ihr, sondern auch Leute, die in den letzten Jahren nach Neukölln gezogen sind. Wie sind eure Erfahrungen in diesem Spannungsfeld?

A: Naja, das ist 'ne ganz komplizierte Frage, weil es ein ganz komplexer Vorgang ist. In den sich jeder schnell verstricken kann. Wo wir selbst ja auch reingeraten sind, wo man schnell in einer Position ist, sich rechtfertigen, sich verteidigen zu müssen, oder zugeben zu müssen, dass man ja auch Geld verdient. Da gehen aber auch irgendwie die Begriffe oder das Maß verloren. Da wird dann überall Schuld zugewiesen.

M: Diese ganze Gentrifizierungsdebatte ist glaube ich deswegen so schwierig, weil in der Tat natürlich jede/r ein AkteurIn ist in dem Spiel. Es ist ja letztlich fast egal ob ich ein Bier verkaufe oder eins trinken gehe in entsprechenden Läden, die dann als Pioniere gelten. Ich bin sozusagen sofort AkteurIn, wenn ich jetzt irgendwo 'ne Wohnung miete oder so. Wir haben ja über mehrere Sachen, über unsere Filmchen und Interviews versucht, das zu thematisieren. Und es ist leider super oft nach hinten losgegangen, weil es oft als eine falsche Schuldzuschreibung ankam. Ich glaube aber eigentlich trotzdem, dass uns nicht viel anderes übrig bleibt. Weil leider die Revolution nicht direkt vor der Tür steht. Aber das Mittel würde uns schon bleiben, dass wir wenigstens ein bisschen darauf achten, wo wir uns bewegen und wo wir agieren und was wir tun. Ich finde es zum Beispiel völlig unfassbar, dass Wohnungen, die zwangsgeräumt wurden, direkt an die nächste StudentenInnen-WG vermietet werden. Also da kann man gar nicht sagen, die sind konkret an irgendwelche bedürftige Familien vermietet worden, die gar keine andere Wahl hatten. Die werden im Zweifel an irgendwelche StudentenInnen vermietet und da ist vorher 'ne türkische Familie raus geflogen und dann kommt 'ne StudentenInnen-WG rein. In der Lausitzer hat sich eine WG überzeugen lassen, da wieder auszuziehen aber die nächste dann schon nicht mehr. Wo ich denke, das wäre nicht nötig. Die könnten sich auch alle sagen: Nein, das mache ich nicht.

Das ist ja auch ein Mangel an Solidarität...

A: Es wäre schon schick, wenn so eine Wohnung nicht vergeben werden könnte, weil keiner sie will.

M: Nur als ein Beispiel, wenn man jetzt sagt, nee, in den nächsten Laden, da gehen wir jetzt nicht rein. Da sollen nur die Touristen reinfallen, die es halt nicht wissen können. Solche Sachen passieren leider nicht. Aber wenn du da ein schmales Bewusstsein einforderst, dann klagst du meines Erachtens nicht die falschen AkteureInnen an.

A: Und als AkteureInnen im Gesamtsystem, wenn man so einen Laden betreibt und nicht nur ein Kaffee drin trinkt, steht man natürlich auch prominenter da und ist auch angreifbarer als jemand, der hier nur wohnt und Kaffee trinken geht. Ich finde es eigentlich gut, dass wenn man schon sieht, dass man als AkteurInnen wahrgenommen wird, genau das zu thematisieren. Das hat sich nur als besonders trickreich herausgestellt, weil man sich damit noch mehr als AkteurInnen exponiert. Und auch noch mehr Mißtrauen auf sich zieht. Obwohl man nur 'ne Diskussion anschieben will oder sich daran beteiligen will. Wenn man noch gleichzeitig Filme macht und Kaffee verkauft, steht man halt sehr prominent da, nicht nur als PionierIn, sondern auch als VorantreiberIn und ProfiteurIn von so was.

M: Dabei wär's glaub ich grundsätzlich wichtig, einfach mal 'ne Haltung zu entwickeln zu solchen Fragen, 'ne persönliche und die kann auch in manchem immer mal falsch sein. Ich würde auch manche Sachen so nicht mehr sagen oder so nicht mehr machen. Zum Beispiel dieser Film, der uns den riesigsten Shitstorm aller Zeiten beschert hat, den würde ich jetzt nicht mehr machen. Der ist damals oft als TouristenInnen-Bashing verstanden und weitergereicht worden, ging aber eigentlich überhaupt nicht um Touristen sondern war eher eine ironisch zugespitzte Ansprache an alle, die herziehen, um zu sagen, betrachtet es dann auch als euren Kiez und behandeln ihn als wäre es euer Kiez. Im Schillerkiez gab es ja auch solche Aktionen: Sprecht mit euren NachbarnIn usw. Der fiel aber komplett zusammen mit solchen schweren TouristenInnen-Bashing Aktionen, die es zu der Zeit in Kreuzberg gab. Der Film wurde dann viral rumgereicht, so einen Monat später nachdem wir ihn gemacht hatten und da fingen diese TouristenInnenverprügelungen und Wassereimer runterschmeißen an. In den Zusammenhang hätte ich das niemals stellen wollen und wenn das einen Monat vorher passiert wäre, hätten wir den Film so nicht gemacht. Weil die Aktionen da zum Teil auch einen rassistischen Charakter bekommen ha-

ben. Da bewegt man sich wirklich auf dünnem Eis, weil wir auch unterschätzt haben, wie wenig man von Ironie versteht. Aber trotzdem halte ich es am Ende für wichtiger eine Haltung gefunden zu haben, als keine Fehler zu machen.

Wie habt ihr das denn mitgenommen, was es allgemein so an Widerstand gegen die Verdrängung gab, abgesehen vom TouristenInnen-Bashing. Habt ihr das Gefühl, dass die Organisationen und die Aktionen hier bei euch im Kiez eine Wirkung entfaltet haben?

M: Ehrlich gesagt leider kaum. Wir waren selbst auch bei mehreren solcher Veranstaltungen. Aber da kriegst du das Gefühl, da gehen die Immer-Gleichen hin. Dass da ,ne echte Dynamik entstanden wäre, hatte ich gar nicht das Gefühl.

A: Ich habe eigentlich immer wieder denselben Eindruck, wie auch mit dem Film, dass halt jede/r AkteurIn ist, ohne damit eben Schuld zuschieben zu wollen. Wir machen ja alle irgendwie mit. Dazu müssten wir alle mal ne Haltung entwickeln. Immer wieder läuft es auf solche Schuldzuschreibungen zurück. In einer solchen Weise, dass diejenigen, die an solchen Aktionen teilnehmen, sozusagen die Guten sind, die beschreiben, was die anderen, nämlich die schuldigen AkteureInnen falsch machen. Das ist nicht für mich keine Haltung und nicht das was für mich etwas hier in so einer Situation verändern könnte. Wenn immer dieselben eh wissen, wie es läuft und die ganz Abgefuckten sagen dann halt: is halt so, is ja überall so, was soll denn sein?

Aber die Frage ist doch, was kommt nach der Haltung, weil die reicht ja auch nicht aus, um einen Kampf gegen das Immobilienkapital zu gewinnen.

M: Dazu müssten jedenfalls so eine ähnliche Haltung sehr viele annehmen.

A: Wenn viele ,ne echte Haltung dazu hätten und nicht ein klares Bild, wer Schuld ist, dann könnte das schon was verändern.

Wir haben dieses Mal ja unsere fünfjährige Jubiläumsausgabe, habt ihr eine Vision wie Neukölln in fünf Jahren aussehen wird?

A: Wir hatten noch nie Visionen (lacht).

M: Wir lagen ja schon das letzte mal völlig falsch.

A: Ich glaube sehr viel geht hier nicht mehr, das wird hier kein Hackescher Markt, das geht glaub ich hier einfach nicht. Man wird hier die richtig teuren Sachen nicht hinkriegen können. Sterneküchen, Kaffee für fünf, sechs Euro. Das klappt glaub ich nicht. Daher wird es in fünf Jahren wahrscheinlich ähnlich wie jetzt aussehen.

M: Ich glaube da werden so ein paar Investitionsruinen rumstehen, wie das Haus wo das „Freie Neukölln“ drin war. Da wird dann alle halbe Jahr der Pächter wechseln und irgendwas versuchen, um 5000 Euro Miete reinzubekommen und dazwischen steht es immer leer. Das wird wahrscheinlich ja auch mit anderen Läden noch passieren. Da wird noch weiter drauf gegeiert werden auf größere Renditen, das ist so eingebaut. Da ist nicht mal jemand dran Schuld. Andererseits glaube ich auch dass der Kiez hier kein Hackescher Markt wird. Hier ist keine Museumsinsel in der Nähe, hier gibt's eigentlich keinen Grund herzukommen und wenn jetzt ein cooler Laden nach dem anderen weg ist, dann gibt's erst recht keinen Grund für TouristenInnen hierher zu kommen. Dann wird das irgendwie vor sich hindümpeln, denk ich. Es sei denn es passiert noch was ganz anderes. In zwanzig Jahren wird es wahrscheinlich nochmal ganz anders aussehen.

A: Über die Zukunft von dem Laden, wo das „Freie Neukölln“ drin war, da kann ich nicht glauben, dass das Zukunft hat, so einen großen und nochmal vergrößerten Laden, der dann teuer sein muss, wo die Getränke teuer sein müssen, ich glaub das trägt sich nicht. Und dann muss der vielleicht ne Weile leer stehen, um dann wieder an wen verschleudert zu werden, der da wieder was gutes macht. Das würde wahrscheinlich ,ne Weile dauern, aber dann könnte wieder jemand kommen und was cooles machen.

M: Es könnte sich auch wieder zurückdrehen, wenn man



Ein Haus wehrt sich

Die Hausgemeinschaft Friedelstraße 54 im Mietenkampf

In der Friedelstraße 54 soll gegen den erklärten Willen der Mieter und Mieterinnen saniert und wärmedämmend werden. Die Eigentümerfirma „Citec Immo Invest GmbH“ aus Wien kommuniziert nicht persönlich mit den Mieter_innen. Diese sollen sich an den Anwalt der Firma wenden, der weite Teile der Hausbewohner_innen mit Duldungsklagen überzieht. Mieterhöhungen von 50-70% sind angekündigt. Die gesamten Kosten der überflüssigen und unökologischen Wärmedämmung müssen die Mieter_innen zahlen. In weiteren Schritten ist mit weiteren Erhöhungen zu rechnen, sodass sich die Miete für viele verdoppeln und verdreifachen wird. Als Resultat werden vor allem die geringverdienenden Bewohner_innen die Miete nicht mehr zahlen können. Sie werden verdrängt: in andere Wohnungen, andere Kieze, voraussichtlich raus aus der Innenstadt, vielleicht sogar raus aus dieser Stadt. Für die älteren Menschen wird die Alternative „Pflegeheim“ lauten. Die Eigentümerin „Citec Immo Invest GmbH“ schreibt auf ihrer Website von „Sanfte[r] und nachhaltige[r] Entwicklung“ und von „Respektvolle[m] Umgang mit den Mietern“. Hätte die Citec Immobilien Gruppe wirklich Respekt vor den „Interessen und Anliegen der Mieter“, so sollte sie als erstes direkt mit diesen kommunizieren und ihre Argumente und Forderungen anhören! Nein, stattdessen wird der Anwalt vorgeschickt und unwillige Mieter_innen werden auf Duldung und anderes verklagt. Kritische Transparente werden von grimmigen Handlangern der Eigentümer von Balkonen entfernt und geklaut, protestierende Mieter_innen eingeschüchtert. Kinder werden verdächtigt, illegale Untermieter_innen zu sein (ein Kündigungsgrund!) und Fahrräder werden einfach so aus dem Hof und den Kellern entfernt! Aktuell wurde unangekündigt ein Baugerüst vor dem Haus aufgebaut, das dank guter Anwält_innen jedoch wieder entfernt werden musste. Usw. usw. Das also versteht Citec als „respektvoller Umgang“?!? – Darüber können wir nur lachen! Der „Citec Immo Invest GmbH“ geht es nicht um Menschen, es geht ihnen um Profit! An anderen Stellen ihrer offiziellen Website werden sie schon deutlicher. Da ist die Rede von „Optimierungspo-

tential“, „Zinshäuser[n]“ und „entwickelten Immobilien“. Nach „einer Halteperiode von drei bis fünf Jahren“ werden „ihre“ Häuser dann gewinnbringend weiterverkauft. Die bisherigen Mieter_innen der betroffenen Häuser werden dann mit enorm verteuerter Miete zu kämpfen haben, wenn sie es sich überhaupt noch leisten können dort zu wohnen. Wir kennen konkrete Beispiele auch in anderen Häusern, die der Citec-Gruppe gehör(t)en. Leider konnte sich dort die Unternehmensstrategie „kaufen – sanieren – teurer weiterverkaufen“ ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Betroffenen durchsetzen, der Widerstand blieb bisher vereinzelt und weitestgehend erfolglos. Doch in der Friedelstraße 54 hat sich die Mieter_innenschaft organisiert. Sie wehren sich gemeinsam gegen Mieterhöhungen und Verdrängung aus dem Nordneuköllner Kiez, in dem sie seit vielen Jahren fest verankert sind.

Bis zu 500 Menschen auf der Kiez-Demo durch Nord-Neukölln am 14. März

Nach einer kurzen Verschnaufpause melden wir uns zurück. Am vergangenen Samstag fand die – von solidarischen Nachbar*innen organisierte – Kiez-Demo unter dem Motto „Wir bleiben alle!“ statt. Bis zu 500 Menschen trotzten dem ekligen nass-kalten Wetter und zogen vom Hermannplatz, quer durch den Reuterkiez bis zum Amtsgericht Neukölln. Vorbei ging es an verschiedenen Orten der Verdrängung, aber auch des Widerstands dagegen. Mit Zwischenkundgebungen und entsprechenden Redebeiträgen wurde auf verschiedene Schweinereien im Kiez aufmerksam gemacht: Die drohende Zwangsräumung des Allmende e.V., die Umwandlung in Eigentumswohnungen durch die Berlin Aspire GmbH in der Hobrechtstraße 40, die drohende Räumung der Refugees aus der besetzten Gerhart-Hauptmann-Schule in der Ohlauer Straße, die Verdrängung rund um Pannierstraße / Weserstraße und natürlich auch die Machenschaften unserer geschätzten Citec Immo Invest GmbH in der Friedelstraße 54 und der Fuldastraße 53.

Wir freuen uns, dass so viele Menschen sich mit uns und den anderen bedrohten Häusern und Projekten solidarisch gezeigt haben. Entsetzt hat uns, dass wir durch einen Bericht erfahren mussten, dass der bereits mehrfach erwähnte Christian R. (der Bauleiter der Modernisierungsmaßnahmen in unserem Haus und der Fuldastraße 53, Belheim Dienstleistungen GmbH) mit einem Handlanger die Demonstrationsteilnehmer abfotografiert und -gefilmt hat. Eine Tätigkeit, die doch weit über seine Funktion als Bauleiter hinausgeht möchten wir meinen. Dennoch hinterließ die Demonstration ein gutes Gefühl und bestärkt uns in unserem Widerstand gegen die auf-

gezwungenen und ungewollten Modernisierungsmaßnahmen und die einhergehenden Schikanen seitens unserer Eigentümer.

Zur Demo gab' es einige tolle Pressebeiträge: Einen Videobeitrag des RBB im Rahmen der Abendschau vom 14.03.2015, einen Artikel im MieterEcho Online, einen Radiobeitrag von Radio Aktiv Berlin, sowie Fotostrecken von Christian Jäger, Sozialfotografie und dem Bündnis "Wir bleiben alle!"

entnommen dem Blog der Hausgemeinschaft:
friedelstrasse54.blogspot.eu





Zwangsräumung von Allmende e.V. am 27. März 2015

Pressemitteilung von Allmende e.V. zur illegalen
Zwangsräumung aus ihren Vereinsräumen

**ILLEGAL! BRUTAL! FESTNAHMEN!
SCHWERVERLETZUNGEN!**

Hausfriedensbruch und illegale Vollstreckung der Zwangsräumung durch die Berliner Polizei! Die Vereinsräume von Allmende wurden am 26.3.2015 ab 18.00 Uhr durch die Polizei illegal besetzt.

Die Räume des migrantischen Vereins Allmende, die verschiedenste Gruppen und Initiativen als Treffpunkt sozi-

aler, politischer und kultureller Aktivitäten nutzten, wurden 18 Stunden vor der angekündigten Zwangsräumung durch die Polizei besetzt. Und am angesetzten Termin wurde am Freitag, 27.3. um 11.00 Uhr die Zwangsräumung vollstreckt. Das Vorgehen von Polizei und Politik ist bislang beispiellos.

Das Haus am Kottbusser Damm 25/26, in dem der Verein Allmende e.V. seit 2006 seine Vereinsräume hat, wurde bereits Donnerstag, den 26.3. um 18.00 Uhr, durch die

Polizei, in zivil und uniformiert, komplett abgeriegelt. Vereinsmitgliedern wurde das Betreten des Hauses bzw. der Vereinsräume verboten. Mitglieder, die sich noch in den Vereinsräumen aufhielten, wurden rausgedrängt und hatten keinen Zugang mehr zu ihren Räumen. Vereinsgut konnte nicht rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden.

Rechtswidriges Vorgehen als Vorbeuge gegen breite Solidarität „für Allmende“

Die rechtswidrige Handlung der Polizei, für die der Berliner Senat zuständig ist, beruht auf bodenlosen Behauptungen: Vereinsräume, für die der Verein auch die März-Miete gezahlt hat, wurden einfach ohne Rechtsgrundlage durch die Polizei okkupiert. Eine angemeldete Kundgebung vor dem Haus wurde verboten. Die voreilige und brutale Handlung der Polizei ist der Versuch, die breite Sympathie für das Bestehen eines Vereins wie Allmende e.V. im Kiez möglichst im Vorfeld abzuwürgen. Sie haben Angst vor dem wachsenden Widerstand gegen Verdrängungen in der Stadt.

Sympathie und Solidarität bleibt „für Allmende“

Kurz nach dem Bekanntwerden der polizeilichen Besetzung haben Hunderte von Menschen ihre entschlossene Solidarität mit Allmende vor dem Haus zum Ausdruck gebracht. Unterstützer, Nachbarn, Initiativen und Gruppen kamen alle hier zusammen und protestierten gegen die Verdrängung von einem Verein wie Allmende. Menschen, die ihren Protest mit Sprüchen wie „Allmende bleibt/cikmiyor“, „Hoch die Hände für Allmende“ friedlich und in guter Stimmung zum Ausdruck brachten, wurden geschubst, getreten und geschlagen.

Der Preis der Rendite

Am Donnerstagabend demonstrierten ca. 250 Menschen bis zum Kottbusser Tor. Bei der Abschlusskundgebung wendete die Polizei wieder unverhältnismäßig Gewalt an. Aus der Menge heraus wurden zwei Menschen rausgegriffen und abgeführt.

EINE ALLMENDE AKTIVISTIN WURDE BEWUSSTLOS GESCHLAGEN. SIE HAT EINE GEHIRNERSCHÜTTERUNG ERLITTEN. MEHRERE MENSCHEN WURDEN VERLETZT UND FESTGENOMMEN.

Am Freitag, den 27.3., trafen sich schon ab 8.30 Uhr Hunderte von Menschen gegenüber dem Haus Kottbusser Damm 25/26. Eine Kundgebung auf der Straße wur-

de sofort untersagt. Eine spontan angemeldete Demonstration mit ca. 400 Menschen kam nach einer Tour in Kreuzberg gegen 11.00 Uhr wieder zum Ausgangspunkt am Haus. Um 11.00 Uhr hatte sich der Gerichtsvollzieher angekündigt. Polizei, Security, Vermieter und Gerichtsvollzieher haben ab 11.00 Uhr die Zwangsräumung faktisch vollstreckt.

Wir verurteilen das rechtswidrige Vorgehen von Polizei, Gerichtsvollzieher, Vermieter und Politik.

Zwangsräumung im Interesse der Profiteure um jeden Preis

Auch diese beispiellos vollzogene Zwangsräumung ist die Folge einer Stadtpolitik im Interesse der Profiteure um jeden Preis. Die Mieten im Bezirk werden immer teurer, Menschen werden gezwungen, ihre Wohnungen zu verlassen, kleine Läden und Initiativen oder Kitas verdrängt. Dagegen organisiert sich der Widerstand, der sich nicht einschüchtern lässt.

Wir bedanken uns für die tolle Solidarität vieler Menschen. Unser Protest geht weiter!

Allmende ist und bleibt Teil des stadtweiten Widerstands gegen jede Art von Verdrängung, Ausgrenzung und Unterdrückung. Wir fordern:

Aufklärung der rechtswidrigen und gewalttätigen Räumung von Allmende e.V.

Wir verurteilen die brutale Polizeigewalt! Der Senat trägt die Verantwortung!

Wir fordern den Bezirk und Senat auf, Räumlichkeiten für Initiativen zur Verfügung zu stellen.

Wir fordern die Politik auf, mietergerechte Stadtpolitik zu entwickeln.

ALLMENDE Kontakt:

allmende.berlin@yahoo.de

Berlin, den 30.03.2015

Die Angst bleibt

Dritter Jahrestag des Mordes an Burak: Findet den Mörder!

Aufruf zum Gedenken am Sonntag, 5. April um 14 Uhr an der Todesstelle / Forderungen nach Ermittlungen in Richtung rassistisches Motiv und NSU-Nachahmungstat

Zum dritten Jahrestag des Mordes an Burak ruft die Initiative zur Aufklärung des Mordes an Burak zu einer Gedenk-Kundgebung an der Todesstelle auf.

Neben dem Gedenken an Burak soll der Forderung der Familie und der Initiative nach gezielten Ermittlungen in Richtung eines rassistischen Motivs und einer NSU-Nachahmungstat Nachdruck verliehen werden.

„Als hätte es die Mord-Serie des NSU nie gegeben, werden Parallelen ignoriert. Wie bei den NSU-Morden fehlt der Polizei auch hier ein erkennbares Motiv, obwohl die überlebenden Jugendlichen berichteten, der Mord erinnere sie an eine gezielte Hinrichtung“, so die Initiative.

Ein halbes Jahr nach dem Auffliegen des NSU wurde Burak Bektaş am 5. April 2012 in Berlin-Neukölln von einem bis heute unbekannten Täter erschossen. Zwei weitere Jugendliche wurden durch Schüsse lebensgefährlich verletzt. Der nach Zeugenaussagen weiße Täter führte den Mordanschlag wortlos und kaltblütig aus. Den Ermittlungsbehörden fehlt jedes Motiv, wir dagegen sehen deutliche Parallelen zu den Morden des NSU und schließen eine spontane Nachahmungstat nicht aus.

Auch der Mordanschlag auf die Jugendlichen in Neukölln könnte dem Vorgehen nach den Beschreibungen von Anschlägen aus neonazistischen Terrorkonzepten wie den „Turner Tagebüchern“, „Eine Bewegung in Waffen“ oder dem „White Resistance Manual“ aus dem „Blood and Honour“-Netzwerk entsprechen. Dass die Erschießung von Burak Bektaş in der Neonazi-Szene begrüßt und als möglicher rassistischer Mordanschlag ge-

lesen und verstanden wird, belegt etwa die im Internet veröffentlichte Sympathiebekundung einer jungen Frau, die sich auf ihrem Facebook-Profil zum „Nationalen Sozialismus“ bekennt, mit den Protagonisten der Neuköllner Neonazi-Szene gut bekannt und befreundet ist und zum Mordzeitpunkt in der unmittelbaren Nähe des Tatort gewohnt hatte.

Darüberhinaus verdeutlichen 240 polizeilich registrierte Straftaten mit positiver NSU-Bezugnahme bundesweit, dass Nachahmungstaten in der Neonazi-Szene propagiert werden und als mögliches Motiv in Betracht kommen.

Wir sind heute, fast drei Jahre nach dem Mord, ziemlich sicher, dass von den Ermittlungsbehörden keine Aufklärung zu erwarten ist. Dennoch wollen wir Antworten auf unsere Fragen, Antworten die uns die deutschen Behörden und Politik nicht geben – soviel ist uns nach den Vorgängen um den NSU klar geworden. Nur durch politischen Druck werden wir Antworten bekommen. Deshalb werden wir nicht Ruhe geben, bis wir wissen, wer Burak getötet und Jamal und Alex so schwer verletzt hat!



Weitere Infos:

Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak B.

<http://burak.blogsport.de/>

<http://facebook.de/burak.unvergessen>

Nachtrag

An der Kundgebung beteiligten sich über 100 Menschen und es gab eine positive Berichterstattung in den Medien.

Heinz Buschkowsky tritt ab

Der bekannteste Bezirksbürgermeister Deutschlands Heinz Buschkowsky gab am 27. Januar seinen Rücktritt zum 1. April 2015 bekannt. Durch seine Polarisierungen hat er nicht nur sich sondern Neukölln bekannt gemacht. So ist es kein Wunder, dass ausführlich über diesen Rücktritt berichtet wurde. In zahlreichen Zeitungsberichten wurde sein Engagement gewürdigt, im RBB gab es sogar eine Sondersendung. Im Folgenden blicken auch wir auf knapp 14 Jahre mit Heinz Buschkowsky zurück.

Die Situation in Neukölln war und ist Ausdruck einer kapitalistischen Krise, die immer mehr Menschen in Armut stürzt. In einer viel beachteten Studie untersuchte eine Arbeitsgruppe der Humboldt-Universität um den Sozialwissenschaftler Hartmut Häußermann im Zeitraum von 2001 bis 2006 die verschiedenen Neuköllner Gebiete und stellte eine Verschlechterung der sozialen Lage insbesondere bei Zuwanderern fest. Heinz Buschkowsky nahm dies zum Anlass, um sich mit seiner These „Multikulti ist gescheitert“ bundesweit bekannt zu machen. Er beschrieb Neukölln als einen riesigen Problemkiez, in dem zum Teil kriminelle arabische Großfamilien das Sagen hätten, türkische Väter ihre Familien terrorisierten und die Unterschicht das Kindergeld versaufen würden. Er machte sich als Populist einen Namen, indem er gegen die von Armut betroffenen Menschen und Migranten hetzte. Seine drastischen Szenarien entsprachen genau den Angstbildern des Kleinbürgertums, aus dem er selber stammt. Steigende Mieten und Armut durch Niedriglohnjobs waren für ihn Randthemen, stattdessen erklärte er bildungsferne Familien zum Kernproblem. Seine Antworten wiesen ihn deshalb auch als Anhänger eines autoritären Staates aus. Sozialleistungen stellen in dieser Logik nicht mehr nur einfach Hilfeleistungen für die von Armut betroffenen Menschen in einer kapitalistischen Gesellschaft dar, sondern unterliegen Sanktionsdrohungen. Die Instrumente des Sozialstaates sollen als autoritäres Erziehungsinstrument wirken. So fuhr er nach Rotterdam und London, informierte sich über deren soziale Brennpunkte und ließ sich von den autoritären Lösungsansätzen der dortigen Stadtverwaltungen inspirieren. Sein Fazit war, dass eine Mischung aus Prävention und Repression gegen „Störerfamilien“ auch in Neukölln nötig sei. Kinder sollten die Schulen regelmä-

ßig besuchen und die Zeugnisse bei „sozial auffälligen Kindern“ direkt an die Eltern ausgegeben werden. Das Kindergeld empfahl er als Mittel der sozialen Disziplinierung: „Kommt zum Beispiel das Kind nicht in die Schule, kommt auch kein Kindergeld auf das Konto“, lautet eine seiner bekanntesten Äußerungen. Bundesweit erstmalig wurde ein Wachschutz an 21 der 70 staatlichen Schulen des Bezirks eingeführt. Ausgerechnet eine Sicherheitsfirma mit dem treffenden Namen „Germania“ bekam den Zuschlag und sollte vor den Schulen die Schülerschleuse kontrollieren. Doch nicht nur per Sanktionsmaßnahmen und Wachschutz wurden die Kontrollmaßnahmen ausgeweitet. Um die angeblichen „Störerfamilien“ auch wirklich zu erreichen, übernahm Buschkowsky 2006 das

Pilotprojekt „Stadtteilmütter in Neukölln“ vom ebenfalls in die Schlagzeilen geratenen „Quartiersmanagement Schillerpromenade“. Frauen aus Migrationsfamilien machten Hausbesuche und berieten die Anwohner über Möglichkeiten der Bildung, der Sprach- und Gesundheitsförderung sowie der Erziehung. Die 2006 in die Schlagzeilen geratene Rütli-Schule wurde zum „Campus Rütli“ umgebaut. Buschkowsky setzte ein Gremium ein, um ein

hochqualitatives Bildungszentrum zu schaffen. Er favorisierte in diesem Zusammenhang Gesamt- und Ganztagschulen. Buschkowskys Maßnahmen veranschaulichten damit, wie der Staat auf die kapitalistische Krise reagiert. Auf der einen Seite werden die Sanktionen verschärft, wird erzieherisch eingegriffen und kontrolliert, auf der anderen Seite aber sollen durchaus individuelle Entwicklungen gefördert werden. Das Ziel ist, willige Arbeitskräfte für die Kapitalverwertung auszubilden und gehorsame StaatsbürgerInnen zu formen. Indem sich alle anpassen und gut ausbilden, lässt sich auch das Problem der Armut überwinden, so das Versprechen. Schließlich soll Bildung und Integration den Ausweg aus den ausgemachten Problemlagen weisen. Das Versprechen des individuellen sozialen Aufstiegs blieb jedoch aus vielen Gründen aus. Statt gut bezahlter Jobs bekommen viele nur Niedriglohnjobs – trotz halbwegs guter Qualifikation. Viele müssen zudem den Bezirk verlassen, weil die steigenden Mieten schlichtweg nicht mehr zu bezahlen sind.

Über die Medien wurde der Öffentlichkeit vermittelt,



hochqualifizierende Lehranstalten würden geschaffen. Das jedoch traf in Wirklichkeit nur auf ein paar ausgewählte Schulen zu. So stellte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung, Jochen Biedermann, fest, dass zwar das Albert-Schweitzer-Gymnasium und die Rütli-Schule mit viel Geld, Personal und öffentlicher Aufmerksamkeit zu Modellschulen mit „vorbildlichen Ganztagsprogramm“ ausgebaut werde(worden sei), andererseits aber Neukölln die schlechteste Personalausstattung aller Berliner Bezirke aufweise. Für die anderen Schulen werde wenig getan. Insgesamt habe Buschkowsky die Einsparvorgaben des Berliner Senats übererfüllt, so Biedermann. Die beiden Sprecher des Bezirksverbandes Die Linke, Thomas Licher und Moritz Wittler, erklärten in einer Stellungnahme zum Rücktritt Buschkowskys, er „hinterlasse allein im Schulbereich einen Investitionsstau von Rund 140 Millionen Euro.“ Idil Efe vom Neuköllner Leuchtturm wird mit der Feststellung im Tagesspiegel vom 30.01.2015 zitiert: „Sein Neukölln-Bild widerspricht unseren Erfahrungen“. Er habe zudem zwar „Lieblingsprojekte“ gefördert, aber viele andere Engagierte als „Spinner“ dargestellt. So weit war es also nicht her mit der nach außen propagierten Bildungsoffensive. Er nutz-

te seine Lieblingsprojekte geschickt, um sich von der bürgerlichen Presse feiern zu lassen. Die Leuchttürme seiner Schulprojekte wurden jedoch auch vom Berliner Senat mit zusätzlichen Finanzmitteln ausgestattet. Buschkowskys Lieblingsprojekte haben daher wenig zur Verbesserung der Möglichkeit des sozialen Aufstiegs beigetragen, sondern sind vor allem auch als Vorbereitung einer Aufwertung des Bezirks zu verstehen. In dessen Folge stiegen die Mieten und viele von Armut Betroffene wurden zugunsten einer zahlungskräftigen Mittelschicht aus ihren Wohnungen verdrängt. Buschkowsky bewertete diese Entwicklung als Auffrischung, die das Viertel durchaus nötig habe. Für ihn bestand die eigentliche Herausforderung darin, dass junge gut verdienende Familien in Neukölln günstige Bedingungen vorfinden und ihre Kinder in Neukölln zur Schule schicken. Buschkowskys Projekte machen deutlich, dass der „Aufstieg“ des Bezirks nur durch die Verdrängung der von Armut Betroffenen möglich ist und er selbst mit seinen autoritären Maßnahmen und der Vielzahl seiner öffentlichen Auftritte einen wesentlichen Beitrag zu dieser antisozialen Entwicklung geleistet hat.

Olympia - Eine Abfuhr für den Berliner Senat

Die kurze Zeit der Berliner Olympia-Bewerbung

Im Juni 2014 wurde klar, dass der Berliner Senat einen neuerlichen Angriff auf seine Bewohner*innen vorsah. Der Senat reichte beim DOSB (Deutscher Olympischer Sportbund) die Bewerbungsunterlagen für die olympischen Sommerspiele 2024 und 2028 ein.

Einige Bewohner*innen Berlins versetzte der Bewerbungs-Start in Alarmbereitschaft und es gründete sich schon kurz darauf das „Bündnis Nolympia“, bestehend aus Politiker*innen, Verbänden und Einzelpersonen. Es war klar, dass das Olympia-Spektakel in Berlin so schnell wie möglich beendet werden müsste, denn allein schon die Kosten für das Bewerbungsverfahren wurden auf 50 Millionen Euro beziffert.

Etwas langsamer waren die autonomen Olympia-Gegner*innen, doch Anfang dieses Jahres stellten sie den „Initiativkreis Olympia verhindern – IOC zerschlagen“ auf die Beine.

Die Berliner Olympia-Bewerbung versuchte sich mit dem Motto: „Die ganze Welt in unserer Stadt“ zu schmücken, was zynisch und lächerlich ist, wenn man bedenkt, wie sich der amtierende Sport- und Innensenator Frank Henkel im letzten Jahr durch seinen unverhohlenen Rassismus im Umgang mit Geflüchteten einen Namen gemacht hat. Ein sportliches Großereignis wie Olympia eignet sich natürlich super, um nationalistische Gefühle zu pushen und damit rassistische Politik zu vertuschen.

Doch Nationalismus ist nur einer der Kritikpunkte an Olympia. Das IOC, ein undemokratischer und korrupter Bonzen-Haufen, steht für den Host-City-Knebelvertrag, den jede austragende Stadt mit dem IOC abschließen muss, für Umweltzerstörung, Abriss und Verdrängung, riesige Sicherheits- und Überwachungsmaßnahmen und hohe überbordende Kosten. Die Austragung der olympischen Spiele im letzten Jahr in Sotschi, die wohl den meisten noch vor Augen sein müsste, hat in Reinform gezeigt, wozu das IOC in Zusammenarbeit mit einer kapitalistischen Regierung in der Lage ist. In Rio de Janeiro werden die bevorstehenden olympischen Spiele mit ähnlichen zerstörerischen Methoden vorbereitet.

In allen Städten, in denen olympische Spiele ausgetragen wurden, seien es nun Sotschi, London oder Vancouver, ist es zu Mieterhöhungen und der Verdrängung von ärmeren Bevölkerungsschichten gekommen. In Vancouver wurde ein Wohnviertel mit günstigem Wohnraum abgerissen, um das olympische Dorf zu bauen. Das Versprechen, dass Teile des olympischen Dorfes danach zu Sozialwohnungen gemacht werden, wurde natürlich nicht eingelöst.

In London waren während der Austragung der Spiele Militärschiffe in der Themse unterwegs und Luftabwehr-Raketen auf Dächern in Wohngebieten stationiert.

Zudem liegen die Kosten für Olympia immer um ein vielfaches über dem Betrag, der zu Anfang behauptet wird und sind so immens, dass einige der austragenden Städte jahrzehntelang noch die Schulden abzahlen müssen. Die Spiele in Sotschi haben insgesamt gigantische 50 Milliarden Euro gekostet!

Glücklicherweise ist die Stimmung gegenüber dem IOC und Olympia mittlerweile nicht mehr überall ungebrochen positiv. In München hatte die Bevölkerung vor zwei Jahren beispielsweise in einem Volksentscheid gegen die Austragung der Olympischen Winterspiele gestimmt.

In Oslo hat die Stadt die Bewerbung im letzten Jahr sofort zurück gezogen, als eine Tageszeitung Auszüge aus dem Host-City-Vertrag veröffentlicht hatte, was zu großer Empörung in der Bevölkerung führte.

In Berlin war die Olympia-Begeisterung bis zuletzt nicht besonders hoch und die verschiedenen Protestaktionen der Olympia-Gegner*innen scheinen Berlin in relativ kurzer Zeit den Rest gegeben zu haben. Eine Veranstaltung schaffte es groß in die Presse, das sogenannte „Bürgerforum“ im Februar im E-Werk in Mitte. Bei dieser Pseudo-Beteiligungs-Veranstaltung, denn wirklich zur Diskussion gestellt wurde Olympia keineswegs, meldeten sich überwiegend kritische Stimmen zu Wort und es gab wütende Zwischenrufe. Die Pressemeldungen am nächsten Tag skandalisierten das Verhalten der Olympia-Kritiker*innen, die BZ titelte gar von einer: „Pöbel-Atta-

cke auf Olympia-Traum“. Wie auch immer, die bundesweiten Interessenten aus den Sportverbänden und der Wirtschaft schienen durch die kritischen Stimmen aus Berlin verschreckt, sodass bei der Wahl des DOSB am 16. März für Hamburg gestimmt wurde. Eine Niederlage mit Berlin wäre für den DOSB ja auch sehr peinlich geworden, nachdem schon in den 90iger Jahren die Bewerbung für die Spiele im Sommer 2000 durch den breiten Protest der Berliner*innen verhindert worden war.

Die Olympia-Abfuhr ist ein Grund zum Feiern für uns, doch sollten wir nicht vergessen, dass der Berliner Senat mit seiner unsozialen und rassistischen Politik weiter machen wird, egal wie viel Politiker*innen da von Beteiligung faseln mögen.

Versetzen wir dem Senat und seiner kapitalistischen Stadtpolitik noch viele weitere Tempelhofs, Olympias und andere Schlappen - für eine soziale Stadt für alle!

Olympia verhindern - IOC zerschlagen!



Die Armut verfolgt Berliner bis ins Grab

Die Beerdigungsindustrie

„Alles was bleibt ist die Erinnerung“

„Billig-Bestatter“ steht auf dem Schild des Bestattungsunternehmens, an dem ich mit dem Bus vorbeifahre. Wer beerdigt am billigsten? Tod im Kapitalismus. Ich bin auf dem Weg zum Stadtfriedhof Neukölln in Britz, auf dem mein Vater 2009 beerdigt wurde. Das Urnengemeinschaftsgrab, in dem mein Vater beerdigt wurde, befindet sich am Ende des Friedhofs. Ich gehe vorbei an vielen prunkvollen Gräbern. Alle Gräber haben einen Namen eingraviert. Ich komme zur Grünen Wiese, dem „Urnengemeinschaftsgrab“. Hier wurde mein Vater 2009 vom Bezirksamt Neukölln (Gesundheitsamt) ordnungsbehördlich bestattet. Ordnungsbehördlich bestattet werden Menschen, bei denen keine Angehörigen ausfindig gemacht wurden. Bei mir gab man sich allerdings auch nicht viel Mühe. Ich wurde über die Beerdigung nicht

informiert, obwohl mein Bäfog- Antrag im Briefkasten lag und ein Anruf genügt hätte. Für die Rechnung über 680 Euro, hinterher allerdings, konnte ich ausfindig gemacht werden. Die Bestattungsrechnung erhielt ich vom Gesundheitsamt GesHyg, übertitelt mit den beiden Firmen www.der-preiswertbestatter.eu und Westend-Bestattungen. Auch wenn ich seit längerem aus verschiedenen Gründen keinen Kontakt zu meinem Vater hatte, dachte ich, dass ich das Recht habe, von seinem Tod zu erfahren und trauern zu können. Nun liegt mein Vater anonym beerdigt unter einer grünen Wiese, einem „Urnengemeinschaftsgrab“ auf dem Parkfriedhof Neukölln. Nirgendwo ist sein Name vermerkt. Das Schlimmste ist, dass sie alle seine Sachen weggeworfen haben. Meiner Mutter wurde gesagt: „Es ist alles entsorgt. Nichts was die Kosten deckt.“ Mein Vater war also ein Kostenfaktor. Wer deckt meine emotionalen Kosten und die seiner



Freund_innen. Ich habe von meinem Vater nun nur noch ein paar Fotos und eine Postkarte. Meine Wut ist immer noch so unglaublich groß. Darüber dass mein Vater als Kostenfaktor bezeichnet wurde, darüber dass mir das Recht genommen wurde zu trauern. Ich bin wütend, weil sein Name ausgelöscht wurde. Ist mein Vater nicht mehr betrauerbar, nur weil er arm war? Was ist mit meinem Wunsch zu erinnern, zu gedenken? Was ist mit der Würde meines Vaters? Was ist mit der Würde von Verstorbenen? Wie kann ich erinnern, wenn es keinen Namen gibt, der am Grab steht, sondern nur ein „Gemeinschaftsgrab“, eine grüne Wiese mit verwelkten Blumen und dem zynischen Spruch auf dem Grabstein „Alles was bleibt ist die Erinnerung“. Wenn ich an der grünen Wiese stehe, fühle ich nur Wut.

Die reine „Entsorgung“ der Armen

Als ich in den letzten Jahren zu dem Thema recherchierte, merkte ich, dass ich nicht ganz alleine da stehe, auch wenn ich mich bei dem Thema oft sehr allein fühle. In Berlin gibt es pro Jahr ca. 2500 ordnungsbehördliche Bestattungen. Journalistinnen kritisieren, dass Ordnungsämter aus Gründen der Kostenersparnis zu krassen Praktiken greifen, die die Würde der Verstorbenen verletzen. Seit 2008 werden die ordnungsbehördlichen Bestattungen in Berlin ausgeschrieben, d.h. sie wurden privatisiert. Den Zuschlag bekommt der Bestatter, der es am billigsten macht, d.h. im Sammelgrab, ohne Namen, ohne Blumen, ohne Feier, ohne Reden, zusammenfassend ohne Gedenken. In Neukölln hat die Firma AADDE den Zuschlag bekommen, die eher einem Entsorgungsbetrieb als einem Bestattungsinstitut gleicht, schreibt der Tagesspiegel am 11.8.2012. Der Mitarbeiter Nico Schröder sagte der Interviewerin: „Wir machen keine Aushänge im Haus und telefonieren uns auch nicht die Finger wund, um Angehörige zu finden.“ Der Parkfriedhof Neukölln ist besonders im Verruf, dort finden im letzten Mittwoch im Monat die Bestattungen im Urnengemeinschaftsgrab statt, im Minutentakt, 10.45, 10.46, 10.47, 10.48 steht auf der Terminliste im Friedhofsbüro. (Tagesspiegel 11.8.2012) Der Vorsitzende der Berliner Bestatterinnung Rüdiger Kußerow sagte: „ordnungsbehördliche Bestattung, das ist die reine Entsorgung.“ (FAZ 23.11.2013) In der Branche herrscht ein knallharter Wettbewerb um den günstigsten Preis. Die Kommunen erteilen jenen Unternehmen die Aufträge, die die niedrigsten Gebote abgeben. Um die ordnungsbehördlichen Beerdigungen kümmern sich die Gesundheitsämter. Der Verband der Friedhofsverwalter Deutschlands sah sich dazu gezwungen, in einer offiziellen Mitteilung darauf hinzuweisen, dass die Beerdigung „unbekleideter Verstorbener“ sowie die „außerhalb des

sozialen Umfeldes des Verstorbenen“, wie auf einem billigen Friedhof in Tschechien, zu unterlassen sei. (FAZ 23.11.2013) Die Särge würden nur bis zum Krematorium aushalten, so der Bestatter Kußerow. Die Armut verfolgt Berliner bis ins Grab. Pfarrer Stork von der Kirchgemeinde Heiligkreuz-Passion sagte in einem Interview, dass es in Berlin auf dem Parkfriedhof Neukölln, wo mein Vater beerdigt wurde, am schlimmsten sei. Dort würden Urnen einmal im Monat im Minutentakt in einem anonymen Sammelgrab bestattet. (domradio.de 14.01.2013) Und auch immer mehr Menschen können sich die Bestattung ihrer Angehörigen nicht mehr leisten. Seit die Krankenkassen im Jahre 2004 das Sterbegeld aus ihrem Leistungskatalog gestrichen haben, nehmen die Sozialbestattungen zu. Maximal 750 Euro zahlen die Sozialämter in Berlin für eine Sozialbestattung, wobei alle Arten von Vermögen von den Ämtern geprüft werden. Manchmal streiten sich Ämter und Angehörige noch jahrelang über die Beerdigungskosten. In Berlin beträgt der Anteil der Sozialbestattungen ca. zehn Prozent.

Eine würdige Grabstelle: Grab mit vielen Namen

Um gegen diese Missstände ein Zeichen zu setzen, hat die Kirchgemeinde Heiligkreuz-Passion eine würdige Grabstelle mit Namens- und Erinnerungsstein eingerichtet. Sie schreiben: „Stirbt ein Mensch mittellos und ohne Hinterbliebene, die die Kosten für eine würdige Beerdigung übernehmen, bleibt nur die anonyme ordnungsbehördliche Bestattung – ohne Trauerfeier, ohne Namenstafel, ohne Grabstein. Im Ordnungsamt werden die Verstorbenen nicht selten unter dem Begriff „Sache“ verwaltet.“ Die Grabstelle befindet sich auf dem Evangelischen Kirchhof „dem Halleschen Tor /Jerusalemsfriedhof“ und wird mithilfe von Spenden erhalten.

Weitere Informationen über die Grabstätte auf der Internetseite der Obdachlosenarbeit www.obdach-hkp.de

Spendenkonto (Spendenbescheinigung möglich)

Empfänger: Kirchenkreis Berlin- Stadtmitte (HKP)

Kontonummer: 631 741 280

Bank: Ev. Darlehensgenossenschaft e.G. Kiel,

BLZ 210 602 37

Bei Verwendungszweck bitte Erbbegräbnisangeben!

Wer eine Spendenbescheinigung wünscht, bitte Adresse telefonisch oder per Mail mitteilen.

Kontakt: Christiane Pförtner, Tel. 691 26 71 c.pfoertner@heiligkreuzpassion.de

Die Erhöhung der Eintrittspreise bei den Berliner Bäderbetrieben

Der folgende Artikel wurde vor dem Rücktrittsgesuch des Berliner Bäderchef Ole Bested Hensing verfasst. Dieser wird von seinen Posten zum 30. Juni 2015 aus familiären Gründen zurücktreten.

Sieben Euro Eintritt fürs Stadtbad Neukölln

Auf der Webseite der Berliner Bäderbetriebe (BBB) wird mit folgenden Satz geworben: „Als größter Badbetreiber in Europa bieten die BBB in über 60 Hallen-, Strand- und Sommerbädern ideale Voraussetzungen für ein regelmäßiges Schwimm- und Bewegungstraining.“ Wer jedoch in Nordneukölln schwimmen gehen will, muss dafür tief in die Tasche greifen. Nach der letzten Tarifierhöhung Anfang 2014 und der Anhebung der Wassertemperatur auf 32 Grad im Stadtbad Neukölln im Oktober 2014 kostet der Eintritt nun sieben Euro, selbst der Kurzzeittarif für 45 Minuten Schwimmen, der nur morgens und abends gilt, kostet stolze fünf Euro. Der Eintritt beim nächstgelegene Bad am Spreewaldplatz kostet wegen seiner Kategorie als Freizeitbad 7,50 Euro. Soviel zur Problematik, gegenwärtige in Nordneukölln schwimmen gehen zu können. Die Zeiten, in denen der Eintritt höchstens vier Euro bzw. für Früh- und Spätschwimmen zwei Euro kostete, sind gerade mal eineinhalb Jahre her und erscheinen mittlerweile geradezu traumhaft. Viele Schwimmerinnen und Schwimmer sind mit der derzeitigen Entwicklung unzufrieden und unterzeichneten Petitionen. In Aufrufen (wie z.B. „Lasst uns schwimmen“) wird gegen die Preiserhöhungen protestiert. Das Komitee „Berliner Bäder für Alle“ fordert „langfristig die umfassende Rekommunalisierung und kostenfreie Nutzung der Infrastruktur sowie eine sofortige Rückkehr zum Preissystem 2013“.

Die Berliner Bäderbetriebe und die Preiserhöhung

Bis 1996 waren die Berliner Bezirke zuständig für den Betrieb der Bäder, sie gaben 1995 zusammen dafür 79 Millionen Euro aus. Die 1996 gegründeten BBB, die die Trägerschaft übernahmen, haben seitdem mit einer kontinuierlichen Reduzierung der finanziellen Ausstattung durch den Berliner Senat zu kämpfen. Im Jahre 2000 gab

dieser noch 55,8 Millionen Euro für die Bäder aus, 2006 waren es nur noch 37,3 Millionen Euro. In den Jahren 2001 und 2002 wurden daher schon elf Bäder geschlossen. Laut einem Interview des Bäderchef Ole Bested Hensing mit der Berliner Morgenpost vom 30.7.2014 haben die BBB 16 Millionen Euro Einnahmen und 65 Millionen Euro Ausgaben. Mit der Preiserhöhung am 1. Januar 2014 sollten die Einnahmen gesteigert werden. Im April gingen die BBB noch von einem Umsatzplus von zehn Prozent aus und 400.000 Besuchern mehr (Die Welt 23.4.2014). Ein Jahr nach der Preiserhöhung geht aus den Unterlagen für den Unterausschuss Beteiligungsmanagement und -controlling des Abgeordnetenhauses Folgendes hervor: Die Bäderbetriebe verzeichneten einen BesucherInnenrückgang von 3,4 Millionen BesucherInnen (IST per 9/2013) auf 2,9 Millionen BesucherInnen (IST per 9/2014). Kurz gesagt, die BBB hatten 500.000 BesucherInnen weniger, allein bei den Freibädern gab es einen Einbruch der BesucherInnenzahlen um 32 Prozent (Vgl. ND 6.1.2015). Der Umsatz blieb laut Bäderchef Hensing auf Vorjahresniveau (Vgl. ND 6.1.2015). Das Fazit aus der Preiserhöhung und der Steigerung der Wassertemperatur kann also nur lauten, sie haben weder mehr Einnahmen noch mehr Badegäste gebracht.

Spaßbäder, bei denen sich der Spaß in Grenzen hält

In der Antwort der Senatsverwaltung für Sport auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei-Abgeordneten Gabriele Hiller heißt es: „Mit Warmbädern und neuen Multifunktionshallen, die für zweistellige Millionenbeiträge an verschiedenen Standorten berlinweit errichtet werden sollen, soll eine ganz neue Klientel angesprochen werden: Kinder, Schwangere und Rentner. Diese Zielgruppe soll besser und nachhaltiger angesprochen werden.“ (ND 20./21.12.2014). Das Dilemma der Bäderbetriebe drückt sich in diesem Zusammenhang auch in einer von der BBB für 265.000 Euro in Auftrag gegebenen Marktforschungsstudie aus: Demnach möchte ein Großteil der Berliner Bevölkerung (63 Prozent) schwimmen, um „Spaß und Erholung“ zu haben. Nur bei 24 Prozent steht das Sportschwimmen im Vordergrund. Bei denjenigen, die aber zu den bislang treuen KundInnen des Unterneh-

mens zählen, verhält es sich genau umgekehrt: 58 Prozent wollen sportlich schwimmen und nur 40 Prozent suchen „Erholung und Spaß“ (Vgl. ND 20/21.12.2014). Die sogenannten Kombi-Bäder sind das große Steckenpferd des Bäderchefs Ole Bested Hensing. Mit seiner Argumentation, dass ein zu geringes Angebot bestehen würde, „was die Mehrheit der Bevölkerung möchte, nämlich baden“ (Ole Bested Hensing in Berliner Morgenpost 30.7.2014) will der Bäderchef neue Kombi-Bäder errichten und so mehr BerlinerInnen in die Bäder locken. Nach Vorstellungen des Bäderchefs könnten Kombi-Bäder auch finanziell lukrativ sein. Laut Berliner Morgenpost könnte ein „neues, attraktives Kombi-Bad (...) 365 Tage im Jahr öffnen und mehr als 800.000 Besucher pro Jahr anlocken (...) und seine Betriebskosten von mehr als 10.000 Euro pro Tag aus Eintrittsgeldern erwirtschaften. Das hat Bested Hensing mit fünf Euro für Sport- und Sommerbad und neun Euro für das Freizeitbad kalkuliert“ (Berliner Morgenpost 1.9.2014). Mit dem am 10.2.2015 verabschiedeten Bäderkonzept 2025 hat sich der Bäderchef zum Teil durchgesetzt. Mit 60 Millionen Euro aus dem Investitionsfonds SIWA (Sondervermögen Infrastruktur Wachsende Stadt) sollen zwei Multifunktionshallen in Pankow (Wolfshagener Str.) und Mariendorf (Ankogelweg) errichtet werden, aber auch alle bestehenden Bäder erhalten bleiben. Auch wenn der ursprüngliche Plan des Bäderchefs, 14 Bäder zu schließen im Senat nicht mehrheitsfähig war, wird das einfache Schwimmen gehen noch schwieriger werden. So werden künftig mehrere Bäder nur noch für Schulen und Vereine offen sein und nicht nur die sportpolitische Sprecherin der Linken im Abgeordnetenhaus Gabriele Hiller geht perspektivisch von noch höheren Eintrittspreisen aus.

Die Entwicklung bei den Berliner Berliner Bäder Betrieben als Vorbereitung für die Privatisierung

Der Bäderchef Ole Bested Hensing sieht jedoch das Problem nicht bei den zu hohen Eintrittspreisen bzw. der politisch gewollten schlechten finanziellen Ausstattung, sondern bei den Beschäftigten der BBB. In einem Interview mit der Berliner Morgenpost äußerte er sich wie folgt: „Es gibt überall gute und schlechte Mitarbeiter. Viele sind geprägt von alter Schule. Das zeigt sich nicht nur im Umgang mit den Gästen. Wenn irgendwo in einem Bad ein Mitarbeiter ausfällt und ein Badeleiter einen Kollegen fragt, ob er dort aushelfen könnte, dann sagt der mitunter Nein. Dann wendet man disziplinarische Möglichkeiten an. Als Arbeitgeber sind wir dennoch häufig der Verlierer, denn die Kollegen werden dann einfach krank. Diese Mentalität müssen wir durchbrechen.“ (Ole Bested Hensing in Berliner Morgenpost

30.7.2014). In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass die gut 970 Stellen bei den BBB nicht ausreichen, um alle Bäder offen zu halten. Doch statt neue MitarbeiterInnen einzustellen, will der Bäderchef „ein oder zwei Fremdfirmen“ holen, die die einzelnen Bäder betreiben sollen. (Ole Bested Hensing in Berliner Morgenpost 30.7.2014) Das Personal dieser Firmen soll nach seiner Meinung effizienter arbeiten. Das dieses Vorhaben zu Unmut bei den bisherigen Beschäftigten führt, ist kein Wunder. Das Betriebsklima ist vergiftet. Der Bäderchef versuchte sogar jüngst gerichtlich zu verhindern, dass bei einer Personalversammlung am 20. Januar 2015 PolitikerInnen teilnehmen, um mit den Beschäftigten über die Zukunft der Bäderbetriebe zu reden. Diese sind jedoch auch aus einem anderem Grund schon länger verärgert. Die stellvertretende Landesbezirksleiterin von Ver.di Berlin-Brandenburg, Astrid Westhoff, erklärte dem ND gegenüber: „Der neue Bäderchef hat sich immer geweigert, den Tarifvertrag anzuerkennen“. (ND 4.11.2014). Der Umgang mit den Beschäftigten und der Anstieg der Eintrittspreise sind zwei Seiten einer Medaille: Sollen einzelne Schwimmbäder für die Privatisierung vorbereitet werden? Während für Großprojekte wie Olympia und den Pleiten, Pech und Pannen-Flughafen Gelder in Hülle und Fülle zur Verfügung stehen, werden nicht nur bei den BBB die finanziellen Daumenschrauben angezogen. Die Bäder werden nicht mehr als wichtige Orte einer öffentlichen Versorgung betrachtet, sondern sollen sich über ein neues zahlungskräftiges Kundenklientel und Lohnreduzierungen bei den Beschäftigten perspektivisch in gewinnbringende Einrichtungen umwandeln. Wohin die Reise gehen soll, deutete sich im April 2014 an. Es wurde berichtet, dass die BBB den Betrieb der mit Millionenbeträgen sanierten Kombibäder Gropiusstadt und Spandau-Süd europaweit ausgeschrieben haben (Vgl. Berliner Zeitung 9.4.2014). Werden mit Steuergeldern neue Bäder errichtet bzw. saniert, um sie anschließend von privaten Firmen betreiben zu lassen? Diese Ausschreibung und die Einrichtung des neuen Investitionsfond zur Errichtung der neuen Kombi-Bäder nährt die Vermutung, dass es langfristig um den Verkauf bzw. die Privatisierung der Bäder geht. Privatisierung heißt, dass dann weder das Abgeordnetenhaus, noch die städtische Berliner Verwaltung Einfluss auf die Gestaltung der Eintrittspreise oder die Qualität der Arbeitsplätze und deren Entlohnung oder auf die Ausstattung des Schwimmbades nehmen können. Nach Erfahrungen mit Privatisierungen wird bestehendes Personal entlassen und zu neuen schlechteren Bedingungen wieder eingestellt. Die privaten Firmen, die die Bäder betreiben, sind die Nutznießer, indem sie die Gewinne einfahren. Beschäftigte, die Bade Gäste und die Steuerzahlenden werden die Zechen dafür zahlen müssen.

„Die haben nur noch ein Bett im Krankenhaus“

Marina, Psychiatrieerfahrene, wohnt in einem großen Sozialbau in Nord-Neukölln. Mit Security, langen dunklen Gängen und einer Masse an Kleinstwohnungen. Randnotizen sprach mit Marina über ihre Lebenssituation.*

Randnotizen: Wie wohnst du?

Marina: Ich wohne in einer Privatwohnung, aber ich habe ein Betreutes Einzelwohnen eingeleitet. Zweimal in der Woche eineinhalb Stunden krieg' ich da Gesprächshilfe, Behördenhilfe, Amtsbegleitung oder Wohnung aufräumen. Aber das ist leider schon entartet in autoritäre Strenge: 15 Müllsäcke mit guter Kleidung wegschmeißen. Ich habe immer Angst, dass sie mir gut erhaltene Sachen wegschmeißen. Haben sie auch schon. Reisetasche im Wert von 70 Euro. Gut erhaltene Kleidung. Immer in Müllsäcke rein. Die wollen auch CD's und Bücher wegschmeißen, das hab' ich aber verweigert. Der Betreuer hat meine Wertgegenstände, Möbel, Teppiche, Gardinen, Keyboard, Trommel, Conga, Diplome, Arbeitszeugnisse, Küchengeräte, Mikrowelle, Kaffeemaschinen, gute Naturholzmöbel, meine Handtasche mit Ausweis, Pass, 800 Euro Travellerchecks alles wegschmeißen lassen, nicht eingelagert. Den Amtsbetreuer habe ich schon dreieinhalb Jahre.

Wie groß ist die Wohnung und was kostet sie?

Ungefähr 30 m². Menschenverachtende 415 Euro Miete, mit einer dunklen abgewrackten 70er Jahre-Wohnung. Von 374 Euro vorher auf 415 Euro erhöht.

Draußen sitzt ein Pförtner?

Seit einem Jahr ist dort ein Security Dienst. Ich habe schon Tausende Euro Schaden wegen Diebstahl und Einbruch. Meine Waschmaschine und Fahrräder sind abgefahren worden. Ich habe vorher im fünften Stock gewohnt, die Wohnung war größer und heller. Da gab's Mißverständnisse, grausame Zwischenfälle. War mittellos, musste in Kirchen essen gehen. Es war grausam mit dem Verein, der dort das Betreute Wohnen gemacht hat. Jetzt habe ich eine andere Wohnung und einen anderen

Verein. Es ist eine Verschlechterung der Wohnsituation. Oben hatte ich eine Zwangsräumung. Ich habe mich von dem Schock bis heute nicht erholt. Jetzt bin ich auf der Warteliste für eine Therapeutische WG. Aber da habe ich eine 24-Stunden-Betreuung, da muss ich mich wieder verkleinern, nur 20 m², die Hälfte Möbel weg. Dann wäre ich auch wohnungslos, wenn ich mich da mit denen nicht verstehe. Aber ich schaff' das Alleinwohnen so schlecht.



Da ich öfters Herzattacken habe und öfters gepeinigt bin von ganz schlimmen Depressionen mit Angstzuständen. Ich habe auch einen Medikamentenbringdienst. Wenn ich das Medikament X. nicht nehme, dann könnte ich in eine schlimme Verwirrung rutschen, in eine Psychose, Realitätsverlust. Dann mache ich monatelang niemandem die Tür auf. Sehe überall Gefahren, fühle mich verfolgt, denke, die Leute wollen mich ermorden. Und. Und. Und.

Du hast auch mit der Psychiatrie zu tun.

Weil ich ganz schlimme Herzpanikattacken und Ängste habe, dass ich sterben muss, bin ich letzten Sommer zwei Monate freiwillig in die Klinik. Davor hatte ich eine

Zwangseinweisung. Ich geh' auch öfter freiwillig in die Klinik. Ich war letzts zweieinhalb Tage dort, aber es war so bedrückend. Am Wochenende keine Therapien, keine Aktivitäten. Hab' ich viel gelesen, gemalt, Runden gedreht, bin wieder rausgegangen. Da ich nur wenige Freundschaften habe, drei bis vier Menschen in meinem Leben, die zu mir halten, die mich auch besuchen. Ich hatte Pech, dass es gerade am Wochenende war. Das Bedrückende an der Psychiatrie ist die Atmosphäre, die weißen Wände, wenig Aktivitäten.

Wie ist deine existentielle Situation? Wovon lebst du?

Ich lebe von EU-Rente aus Deutschland und Holland, kriege 873 Euro. Aber davon gehen ja 415 für Miete und der Strom ab. Und ich krieg pro Woche 70 Euro, kann ich mir abholen. Einmal im Monat eine fünfte Rate mehr. Da hab ich dann 350. Aber irgendwie muss ich auf Bedürftigen-Lebensmittel zurückgreifen. Und wenn irgendwas kaputt geht, das fehlt dann zum Essen. Alle halbe Jahre krieg ich einen Posten, so 150 Extra für Kleidung oder so.

Merkst du Veränderungen in Neukölln?

Ich bin jetzt nicht von Wohnungsnot betroffen, es sei denn, ich ziehe noch mal um. Der Wohnungsmarkt ist dicht. Immer mehr Studenten, Yuppies, Neureiche ziehen hier her, dass sie Arbeitern und Hartz IV-Empfängern die Wohnungen wegnehmen. So schlimm wie noch nie. Mein bester Freund sucht hier verzweifelt. Vertreibung der ärmeren Menschen. Auf der Station in der Psychiatrie letzts waren fünf ohne Wohnung. Die haben nur noch ein Bett im Krankenhaus. Erschreckend viele Wohnungslose. War vorher nicht so.

Danke für das Gespräch.

**Name von der Redaktion geändert*

Termine

Seit Januar 2015 gibt es jeden 1. und 3. Montag im Monat um 18 Uhr einen Montagstreff in dem antipsychiatrischen Verein in der Kreutziger Str.18 (U-Bhf. Samariterstr.) in Friedrichshain.

Montag, 04. Mai, 18 Uhr: Zur Wohnungsfrage von Psychiatrieerfahrenen (Veranstaltung)

Montag, 01. Juni, 18 Uhr: Alternativen zur Psychiatrie (Veranstaltung)

Jeden 3. Montag im Monat ab 18 Uhr: Filmforum, Schreib- oder Kreativwerkstatt

Weitere Termine in der Kreutziger 18:

Jeden Montag ab 14 Uhr: Offenes Cafe und Beratung

Jeden Dienstag 13-16 Uhr: Einzelfallhilfe/Support
030/97894450

1. Dienstag im Monat, 19 Uhr: Vereinsplenum

Jeden Mittwoch, 16-19 Uhr: Antipsychiatrische Informations- und Beratungsstelle
030/97894436
Betroffenberatung@yahoo.de

Jeden Donnerstag, 19 Uhr: Selbsthilfegruppe zum Aus-schleichen von Psychopharmaka
Ort: Verein zum Schutz vor psychiatrischer Gewalt, Kreutziger Str.18, Berlin-Friedrichshain (U-Bhf. Samariterstr.)

Weglaufhaus „Villa Stöckle“

Telefon: 030/406 321 46
weglaufhaus@web.de
Weitere Informationen:
www.weglaufhaus.de

Reclaim your Brain!

Buchbesprechungen

Zwei Bücher, die letztes Jahr im Berliner Verlag Assoziation A erschienen sind, tragen nicht nur denselben Aufruf nach der Wiederaneignung der Stadt im Titel, beide beschäftigen sich zudem auch mit Protestbewegungen und Widerstandspraktiken in der umkämpften Stadt Berlin. Für uns Grund genug einmal reinzulesen.



Reclaim your City

Das Buch „Reclaim your City“ vom Tobias Morawski ist ein dünnes Bändchen und versammelt auf gerade mal 167 Seiten einen Rundumschlag der Aneignungspraktiken des öffentlichen Raums. Er legt seinem Buch die Theorie des berühmten und vielgelesenen französischen Theoretikers Henri Lefebvre zu Grunde, der bereits 1968 das „Recht auf Stadt“ forderte und sich auch eingehend

mit der Konstruktion des sozialen Raums beschäftigte. Lefebvre geht davon aus, dass Raum ein Ergebnis gesellschaftlicher Produktionsprozesse ist, dass der Raum also hervorgebracht und daher immer auch Gegenstand von Auseinandersetzung ist. Dabei sind es drei zentrale Ebenen, die ihn hervorbringen. Die Ebene der räumlichen Praktiken, die Räume der Repräsentation, und die Repräsentation des Raums. Tobias Morawski zeigt nun in seinem Buch, ausgehend von diesem theoretischen Gerüst, die konkrete Umsetzung in Berlin. Nach einer theoretischen und geschichtlichen Einleitung beschreibt er beispielsweise die Geschichte der (Haus)Besetzungen, des Guerilla-Gardenings oder der Free-Partys als eine räumliche Praxis. Die Räume der Repräsentation werden veranschaulicht durch Beispiele von Demonstrationen (so die große Mietenstopp Demonstration 2011), von Besetzungen die als Kommunikationszentren fungieren (z.B. das Gecekondu von Kotti&Co oder den von Refugees besetzten Oranienplatz). Auch die große Welt der Street-Art fällt unter diese Kategorie. Der Autor, welcher Kommunikationsdesigner und Mitarbeiter im Graffiti-Archiv des Archivs der Jugendkulturen ist, schildert mit viel Fachkenntnis die verschiedenen Formen der symbolischen Raumaneignung. Ob Graffiti, Wandbilder, Plakate, Transparente oder Farbankschläge. Die Stärke an Morawskis Buch liegt darin, dass er Phänomene und Widerstandspraktiken, die wir aus unserem Berliner Alltag her kennen und oft vielleicht gar nicht als solche wahrnehmen, in einen größeren theoretischen Zusammenhang bringt, und somit nicht nur das Verständnis des Beschriebenen erhöht, sondern auch einen strategischeren Umgang mit diesen Formen des Protests befördert. Seine Forschungsfrage, wie und mit welchen Strategien und Kommunikationsmitteln Protestbewegungen versuchen, sich Räume anzueignen, und welche Erfolgchancen sie dabei haben, zieht sich durch das gesamte Buch und stellt den roten Faden dar, der die im Buch versammelte empirische Vielfalt zusammenhält. Auf Grund des begrenzten Umfang des Buches muss jedoch gesagt werden, dass es sich lediglich als eine Einführung ins Thema eignet, zumal viel Platz von Fotos und Bildern eingenommen wird.

Morawski, Tobias: Reclaim your city, Assoziation A, 2014



Reclaim Berlin

Das gleiche Thema, aber mit anderer Ausrichtung, verfolgt das Buch „Reclaim Berlin“, das von dem Berliner Stadtsoziologen Andrej Holm herausgegeben wurde. Der Untertitel „Soziale Kämpfe in der neoliberalen Stadt“ fasst gut zusammen, worum es in diesem knapp 360 Seiten starken Sammelband geht. Im ersten Teil wird eine Bestandsaufnahme gewagt, von der ausgehend im zweiten Teil des Buches die bestehenden Widersprüche herausgearbeitet werden. Im dritten und letzten Teil schließlich wird dann über den Protest und Widerstand geschrieben, der sich in diesen Widersprüchen bewegt. Dass Holm nicht nur Wissenschaftler, sondern auch selbst Aktivist ist, lässt sich sowohl an den von ihm versammelten Autor*innen erkennen, als auch daran, dass viele Menschen für dieses Buch interviewt wurden, die sich gegen die neoliberale Zurichtung der Stadt wehren. Auf der einen Seite gibt das Buch einen guten Überblick über die zentralen städtischen Kämpfe in Berlin der letzten Jahre. Auf der anderen Seite überzeugt die thematische Breite, die hier repräsentiert wird. Während es häufig so scheint, als wären hohe Mieten das einzige Konfliktfeld, schafft es Reclaim Berlin den Bogen zu spannen, von der Gentrifizierung, über die Prekarität der Kulturschaffenden,

die Probleme, mit denen Sexarbeiterinnen konfrontiert sind, die Tourismusdebatte, die Überwachung des öffentlichen Raums, die Versorgung der Grundbedürfnisse bis hin zum Berliner Bankenskandal und der Geschichte der Hausbesetzungen im jungen 21. Jahrhundert. Das Buch eignet sich sowohl für alle, die sich einen Überblick über die Kämpfe und Auseinandersetzungen der letzten Jahre verschaffen wollen, als auch für jene, die sich theoretisch mit den Widersprüchen beschäftigen wollen, die ihren Berliner Alltag prägen.

Holm, Andrej [Hg.]: Reclaim Berlin, Assoziaton A, 2014

Termine

Regelmässig:

Die Kiezinitiative DonauFulda trifft sich jeden 1. und 3. Montag um 18 Uhr in der Beratungsstelle der Berliner MieterGemeinschaft in der Sonnenallee 101.

Dienstag 17 bis 19 Uhr Stadtteilsprechstunde im Info- und Stadtteilladen „Lunte“ in der Weisestr. 53

Dienstag ab 20 Uhr Treffen der Stadtteilgruppe 44_ Rund um die Hermannstrasse im Nachbarschaftszentrum in der Mahlowerstr. 27

Letzter Dienstag im Monat ab 20 Uhr: offenes Stadtteiltreffen im Schillerkiez im Nachbarschaftszentrum in der Mahlowerstr. 27

Mittwoch 12 bis 15 Uhr Erwerbslosentreff mit Frühstück im Info- und Stadtteilladen „Lunte“ in der Weisestr. 53

Weitere:

Samstag, 5. September:
Unabhängiges Strassenfest in der Weisestrasse
<http://weisestrasse.blogspot.de>

Sonntag, 13. September:
Tag der Erinnerung und Mahnung, geplant auf dem Herrfurthplatz
<http://www.tag-der-mahnung.de>

Links

Quartiersmanagement Schillerpromenade und Task Force Okerstraße

Umfassende Zusammenstellung von Texten und Artikeln
www.tfa.blogspot.de/materialien/

Verdrängt und abgeschoben (Materialsammlung)

<http://teilhabe-berlin.de/dokumentation/verdr-ngt-abgeschoben-93>

44_ Stadtteilgruppe rund um die Hermannstrasse

vierundvierzig.blogspot.de

Nachrichten aus Nord-Neukölln

nk44.blogspot.de

Kiezinitiative DonauFulda

donaufulda.wordpress.com

Rixdorfer Kiezforum

www.rixdorf.org

Hausgemeinschaft Friedelstraße 54

friedelstrasse54.blogspot.eu

Emserianer im Emser Kiez

www.mietenbuendnis.de/emserkiez

Info- und Stadtteilladen Lunte

Weisestraße 53, U-Bhf: Boddinstraße
www.dielunte.de

Karla Pappel

Initiative gegen Mietpreiserhöhungen und Verdrängung in Alt-Treptow
www.karlapappel.wordpress.com

Kotti & Co

Die Mietergemeinschaft am Kottbusser Tor
www.kottiundco.net

Zwangsräumungen verhindern!

zwangsraeumungsverhindern.blogspot.de

Gentrification Blog

Nachrichten zur Stärkung von Stadtteilmobilisierungen und Mieter/innenkämpfen
www.gentrificationblog.wordpress.com

Berliner Mietergemeinschaft

www.bmgev.de/

Berliner Ratschlag

www.berliner-ratschlag.org

Steigende Mieten Stoppen

www.mietenstopp.blogspot.de

Kein Aufwertungsgebiet?

Angebotsmieten in Nord-Neukölln 2009 - 2014



Neuköllner Politiker*innen behaupten auch heute noch gerne, Aufwertung und Verdrängung fänden in Nord-Neukölln höchstens im Reuterkiez statt. Aktuelle Zahlen begraben diesen Mythos nun endgültig. Die Mieter*innen im Stadtteil wissen es schon längst: Nord-Neukölln ist einer der Brennpunkte steigender Mieten und Verdrängung.

Der Immobiliendienstleister CBRE wertet jährlich die Entwicklung der Angebotsmieten aus. Damit werden genau die Wohnungen erfasst, die im offiziellen Mietspiegel nicht berücksichtigt sind. Je höher die Angebotsmieten sind, desto mehr lohnt es sich für Vermieter*innen, Altmieten*innen aus der Wohnung zu schmelzen.

Mit den abgebildeten Werten befindet sich Nord-Neukölln auch stadtwelt auf den obersten Plätzen. Spitzenreiter ist der Görlitzer Park mit +97 % auf 11,71 Euro.

Quelle: Berliner Wohnmarktreporte 2010, 2011, 2012, 2013, 2014 (CBRE, GSW), 2015 (CBRE, Berlin Hyp)
Mietpreise angegeben in Euro kalt pro Quadratmeter.